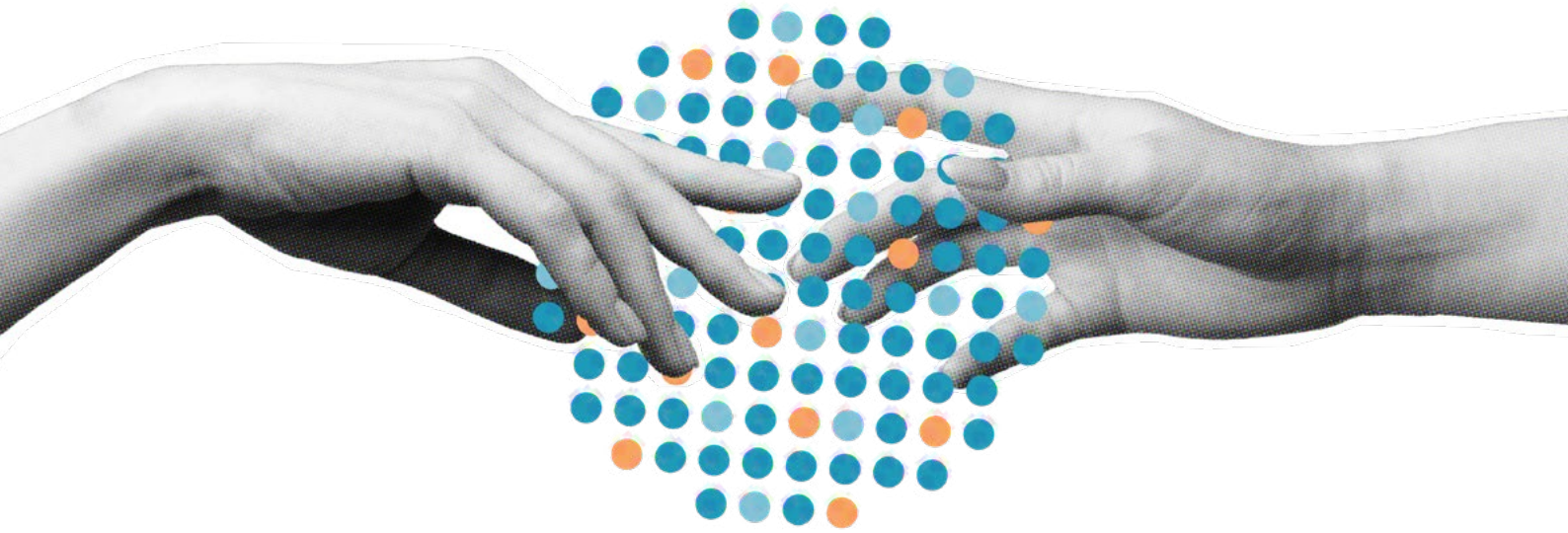
SCHACH
Vom Scheitern zur Chance für die Energiewende

HANDREICHUNG FÜR KOMMUNEN

Konflikte um lokale Energieinfrastrukturprojekte konstruktiv bearbeiten und Handlungsspielräume für die Energiewende nutzen.



adelphi RESEARCH
Fraunhofer ISI
Lehrstuhl für Communication Science communication | RWTH AACHEN UNIVERSITY
RiSK Lehr- und Forschungsgebiet Risikowahrnehmung und -kommunikation | RWTH AACHEN UNIVERSITY

Impressum

Herausgeber:
adelphi research gGmbH

Alt-Moabit 91
10559 Berlin

+49 (030) 8900068-0
office@adelphi.de
www.adelphi.de

Projekt:
SCHACH Vom Scheitern zur Chance für die Energiewende

Verbundkoordination
Jan Fjornes

Autoren*in:
Jan Fjornes, Elisabeth Dütschke, Anna Bergs, Hanna Kersting,
Sven Alsheimer, Alina Ulmer, Milan Matußek, Martina Ziefle, Katrin Arning

Gestaltung:
Tilman Zastrow (adelphi)

© 2026 adelphi

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Inhalt

0. Einleitung **5**

1. Was bedeutet Scheitern? **6**

2. Methoden **9**

2.1 Vergleichende Fallstudien 10

2.2 Kommunikations- und Medienwissenschaftliche Analyse 10

2.3 Ökonometrische Analyse von Bürgerbegehren 11

3. Befunde **12**

3.1 Konflikte eskalieren nicht wegen des Gegenstands der Kritik, sondern wegen des Umgangs mit ihr 13

3.2 Nicht die Technologie allein entscheidet über Konfliktdynamik und Akzeptanz, sondern der Umgang mit dem Projekt 19

3.3 Projektgegner*innen sind nicht einfach „NIMBYs“. Projektbefürworter*innen tendieren allerdings „PIMBYs“ zu sein. 21

3.4 Konstruktiver Umgang mit Konflikten folgt einem klar erkennbaren Muster: Prozessredesign und Beteiligung mit Konsequenz 24

3.5 Bürger*innen unterscheiden sich darin, wie und von wem sie informiert werden wollen 26

4. Handlungsempfehlungen **29**

4.1 Verteilungsgerechtigkeit: Konfliktpunkte sichtbar machen und konkret bearbeiten 31

4.2 Prozessgerechtigkeit: Verfahren neu aufsetzen und Mitsprache wirksam machen 33

4.3 Anerkennungsgerechtigkeit: Vertrauen wiederherstellen und auf Augenhöhe diskutieren 35

Referenzen **37**

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 Dimensionen von Scheitern von LEP. 7

Abb. 2 Antworthäufigkeiten zu Scheiternsgründen von LEP. 14

Abb. 3 Zustimmungshäufigkeiten zu Vor- und Nachteilen erneuerbarer Energieanlagen. 15

Abb. 4 Antworthäufigkeiten zum Grad der Informiertheit bezüglich LEP. 17

Abb. 5 Antwortmittelwerte zum Wunsch nach Information über Solarpark und Windpark. 20

Abb. 6 Antwortmittelwerte zur Bewertung von Windparks und Solarparks anhand von 11 Dimensionen. 20

Abb. 7 Stakeholder und Machtressourcen in Konflikten um lokale Energieinfrastrukturprojekte 21

Abb. 8 Antworthäufigkeiten zu Änderungswünschen für ein gescheitertes LEP. 23

Abb. 9 Präferenzen für unterschiedliche Anpassungsstrategien und deren Elemente. 25

Abb. 10 Experience Map des konfliktinduzierten Verlaufs und der Ansatzpunkte für eine konstruktive Bearbeitung lokaler nergieinfrastrukturprojekte 28

Abb. 11 Konfliktpunkte sichtbar machen und konkret bearbeiten. 32

Abb. 12 Verfahren neu aufsetzen und Mitsprache wirksam machen. 34

Abb. 13 Vertrauen wiederherstellen und auf Augenhöhe diskutieren. 36

Tab. 1 Übersicht, Verantwortlichkeiten der empirischen Analysen. 5

Tab. 2 Worauf in der Kommunikation mit unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu achten ist 31

Tab. 3 Präferierte Kommunikationsformate und Anforderungen an Transparenz und Rückkopplung nach Bevölkerungsgruppen 33

Tab. 4 Anforderungen an den Dialog auf Augenhöhe und an die Vertrauensbildung nach Bevölkerungsgruppen 35

Einleitung.

Konflikte rund um lokale Energieinfrastrukturprojekte (LEP) gelten aus Energiewendeperspektive oft als Rückschlag. In gewissem Umfang sind sie aber Teil der demokratischen Aushandlung und normaler Bestandteil einer so großen Transformation wie der Energiewende. Und sie bieten die Chance, bessere Lösungen zu finden. Genau diesem Umgang mit Konflikten widmete sich das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) geförderte Forschungsprojekt „SCHACH – Scheitern als Chance für die Energiewende“. SCHACH hatte das Ziel, die Ursachen für das konfliktinduzierte Scheitern von Energieinfrastrukturprojekten zu untersuchen sowie Erkenntnisse zum Überwinden von Konflikten zu gewinnen.

Wann, warum und unter welchen Bedingungen scheitern LEP an Konflikten vor Ort und was lässt sich daraus lernen? Wie müssen Prozesse gestaltet sein, um konstruktiv mit Konflikten umzugehen, die Akzeptanz von Projekten zu erhöhen und ihre erfolgreiche Umsetzung zu fördern? Diesen und weiteren Fragen widmete sich das Forschungsprojekt. Das Konsortium bestand dabei aus adelphi research, Fraunhofer Institut für System und Innovationsforschung (ISI) und der RWTH Aachen University. Im Unterauftrag unterstützten zudem die Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) und die Arbeitsgemeinschaft für sparsame Energie- und Wasserverwendung (ASEW).

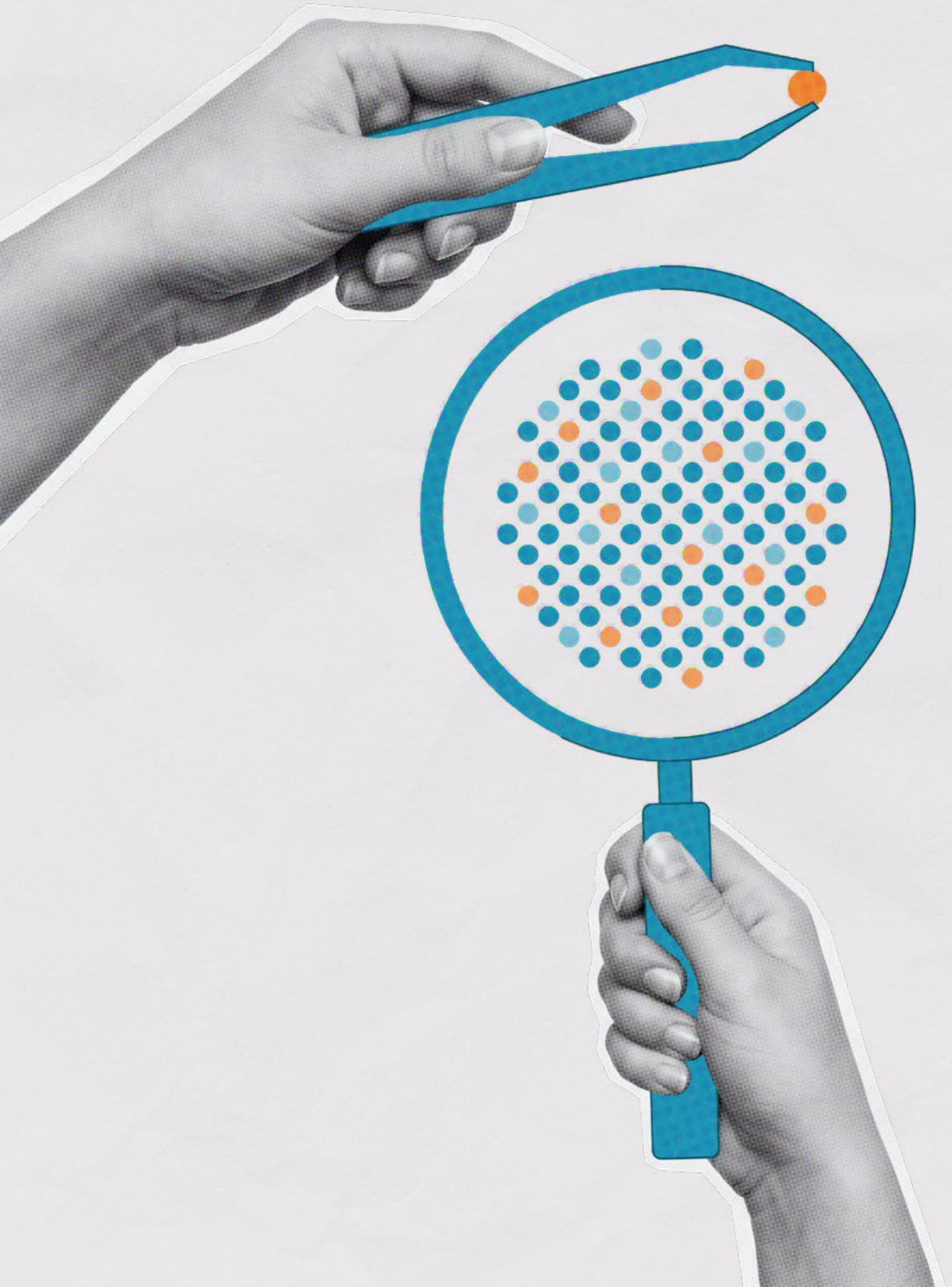
Im Mittelpunkt von SCHACH standen die Bedeutung des Scheiterns, die Rolle von Governance und Akteursnetzwerken, die Medienwahrnehmung und Berichterstattung sowie die Akzeptanz und Risikowahrnehmung lokal betroffener Gruppen. Ein transdisziplinärer Ansatz verknüpfte energie- und klimapolitische Expertise mit psychologischen, sozialwissenschaftlichen, sowie kommunikations- und medienwissenschaftlichen Perspektiven.

Wer hat welche Untersuchung durchgeführt? Sprechen Sie uns gerne an!

Tab. 1 Übersicht, Verantwortlichkeiten der empirischen Analysen.

Analyse / Baustein	Federführung	Ansprechperson
Fallstudien zu zunächst gescheiterten Energiewendevorhaben	adelphi research	**Jan Fjornes** fjornes@adelphi.de
Qualitative Medienanalyse und Quantitative Bevölkerungsbefragungen	RWTH Aachen University	**Prof. Dr. Katrin Arning** arning@risk.rwth-aachen.de **Anna Bergs** bergs@risk.rwth-aachen.de
Quantitative Bevölkerungsbefragungen und Conjoint-Analyse	RWTH Aachen University	**Prof. Dr. Martina Ziefle** ziefle@comm.rwth-aachen.de **Hanna Kersting** kersting@comm.rwth-aachen.de
Konzept zu Arten des Scheiterns und Analyse von Bürgerbegehren zu Lokalen Energiewende-Projekten	Fraunhofer ISI	**Dr. Elisabeth Dütschke** Elisabeth.duetschke@isi.fraunhofer.de **Dr. Sven Alsheimer** Sven. Alsheimer@isi.fraunhofer.de

Was bedeutet Scheitern?



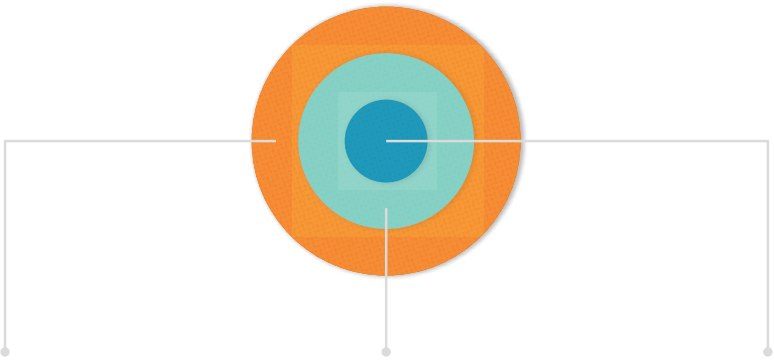
Um das Scheitern von Projekten zu untersuchen, lohnt zunächst ein Blick auf das Verständnis von Projekterfolg. In der traditionellen Projektmanagementforschung wird hierfür das Konzept des „magischen Dreiecks“ herangezogen, das Projekterfolg anhand von drei Kriterien definiert (Atkinson 1999; Pollack et al. 2018):

1. Einhaltung der erwarteten Kosten,
2. Fertigstellung innerhalb des geplanten Zeitrahmens
3. Erreichen eines vereinbarten Niveaus an Qualität, Leistung oder Umfang.

Auf ein LEP übertragen bedeutet dies, dass ein geplanter Windpark dann als erfolgreich gilt, wenn er gemäß den veranschlagten Kosten, dem Zeitplan und der Erzeugungskapazität errichtet wird. Wird eines oder mehrere dieser Ziele nicht erreicht, gilt das Projekt als nicht erfolgreich. Die Eckpunkte dieses „magischen Dreiecks“ – Kosten, Umfang und Zeitrahmen – stehen dabei in wechselseitiger Beziehung zueinander. Reaktionen auf zusätzliche Anforderungen in einer Dimension üben typischerweise Druck auf die anderen aus. Wenn die Zeit knapp wird, lässt sich dies manchmal durch höhere Investitionen abfedern, etwa durch den Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte. Umgekehrt, können steigende Anfangskosten durch eine reduzierte Kapazität aufgefangen werden.

So einleuchtend das „magische Dreieck“ auf den ersten Blick erscheint, so oft wurde es auch als zu starke Vereinfachung kritisiert. Es berücksichtigt weder Änderungen, die während der Projektentwicklung auftreten können, noch langfristige Auswirkungen jenseits des eines einzelnen Projekts oder gesellschaftliche Aspekte (Pollack et al. 2018). Auch nimmt es an, dass die Umsetzung der ursprünglichen Planung die zustrebende Umsetzung darstellt. Gerade für LEP sind jedoch diese Erweiterungen relevant. Bei der Umsetzung eines konkreten Projekts ist es wichtig, die weiterreichenden Konsequenzen auf gesellschaftlicher, ökologischer oder zeitlicher Ebene zu berücksichtigen (siehe Abb. 1).

Abb. 1 Dimensionen von Scheitern von LEP



Scheitern über das einzelne Vorhaben hinaus

Umsetzung in Verbindung mit negativen Auswirkungen auf Vertrauen in Projektierer und Institutionen sowie in Verbindung mit Lernprozessen.

Scheitern im weiteren Sinne

Umsetzung in Verbindung mit negativen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder ökologischen Auswirkungen.

Scheitern im engeren Sinne

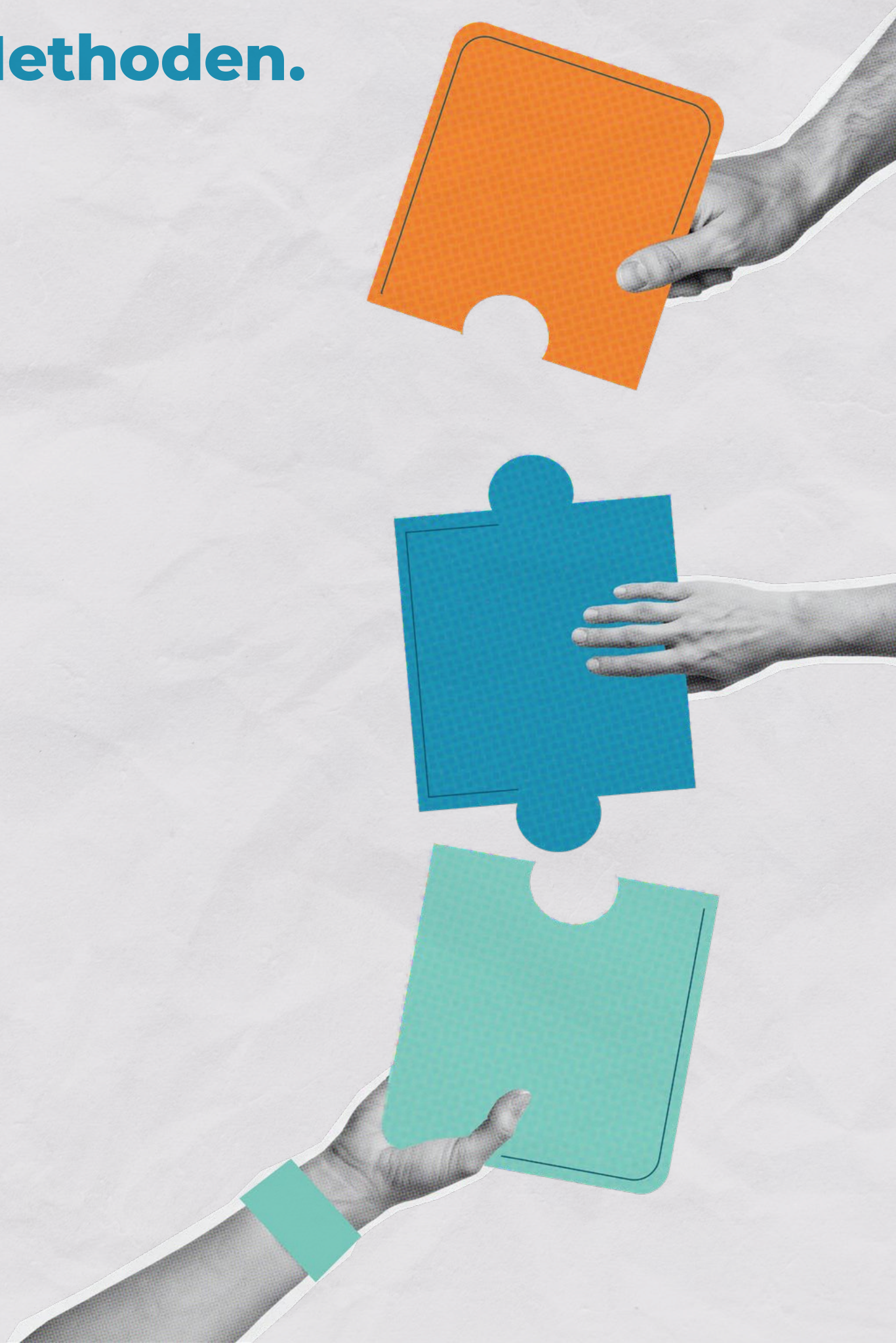
Keine Umsetzung oder Umsetzung zu höheren Kosten, mit Zeitverzögerung, in geringerem Umfang.

Auf Grundlage dieses erweiterten Konzepts lässt sich Scheitern differenzierter beschreiben (siehe Abb. 1). Die grundlegendste Form des Scheiterns liegt vor, wenn ein LEP gar nicht erst abgeschlossen wird. Darüber hinaus können Abweichungen hinsichtlich Kosten, Zeit oder Umfang ebenfalls als Scheitern oder zumindest als Mängel gewertet werden. Diese Bedingungen definieren ein Scheitern im engeren Sinne.

Eine weitere Dimension umfasst negative Folgen, die über den unmittelbaren Projektumfang hinausgehen. Die Errichtung eines Windparks kann zu sozialen Konflikten führen, verändert das Landschaftsbild und kann Naturräume negativ beeinflussen, wenn z.B. Wald gefällt wird. Kaum ein LEP lässt sich umsetzen, ohne externe Faktoren zu beeinflussen oder ausschließlich Vorteile zu bieten. Überwiegen die negativen Auswirkungen die positiven oder werden festgelegte Standards nicht erfüllt, sprechen wir von einem Scheitern im weiteren Sinne.

Schließlich besitzt Scheitern auch eine zeitliche Dimension. Ein Projekt kann als gescheitert gelten, wenn es zukünftige Umsetzungen erschwert. Scheitern wirkt dann über das einzelne LEP hinaus und zieht negativen Auswirkungen auf weitere LEP nach sich oder mindert längerfristig das Vertrauen in Institutionen. Die genannten Formen des Scheiterns schließen sich dabei nicht gegenseitig aus, sondern können gleichzeitig auftreten.

Methoden.



SCHACH verbindet unterschiedliche Forschungsansätze und Untersuchungen miteinander. Die Verbundpartner setzten dabei jeweils eigene Schwerpunkte (siehe Tabelle 1), deren Ergebnisse sich gegenseitig ergänzten. Im Folgenden stellen wir die unterschiedlichen Ansätze im Einzelnen kurz vor.

2.1 Vergleichende Fallstudien

Im Rahmen von SCHACH untersuchten wir fünf Fallstudien zu Konflikten um Projekte erneuerbarer Energien in Gemeinden. Zum Einsatz kam ein Methodenmix aus qualitativer Inhaltsanalyse von Interviews und Dokumentenanalyse. Berücksichtigt wurden unter anderem Sitzungsprotokolle, politische Beschlüsse und Medienberichte. Ergänzend erfassten NetMap-Interviews die sozialen Netzwerke zentraler Konfliktakteure, die anschließend sozialwissenschaftlich analysiert wurden.

Von den fünf Fällen weisen drei eine Eskalationsphase auf, in der das umstrittene Projekt zunächst zum Erliegen kam, sowie eine anschließende Kompromissphase, in der es gegebenenfalls angepasst fortgeführt werden konnte. Die kontrastierende Auswahl berücksichtigte unterschiedliche sozio-strukturelle Kontexte und Technologien: einen Windpark in Üchtelhausen, eine Freiflächen Photovoltaikanlage in Sydower Fließ und ein Geothermieprojekt in Puchheim. Sinzig, wo trotz Konflikten Windräder entstehen sollen, diente als kontrafaktischer Vergleich, da das Projekt nicht zum Erliegen kam. Dahlenburg, wo es ebenfalls um eine Freiflächen-Photovoltaikanlage ging, ermöglichte eine Mehrebenenperspektive mit Konflikten zwischen Kommune und Bevölkerung sowie zwischen Kommune und Samtgemeinde.

2.2 Kommunikations- und Medienwissenschaftliche Analyse

Zudem führte das SCHACH-Konsortium Medienanalyse sowie drei Umfragen durch, davon eine mit einer Conjoint-Analyse. In Abstimmung mit den Fallstudien analysierte das Projektteam 68 Medientexte aus den Jahren 2021 bis 2024, darunter lokale Tageszeitungen, Pressemitteilungen und überregionale Berichte. Eine qualitative Framing und Narrativanalyse identifizierte dominante Deutungsmuster des Scheiterns.

Umfrage 1, eine repräsentative bundesweite Befragung mit 1.511 Personen, erhob technologiespezifische Akzeptanz und Risikofaktoren. Umfrage 2 umfasste 1.014 Personen in Bayern, Rheinland-Pfalz, Brandenburg und Niedersachsen und untersuchte Informationsbedarfe, Risikowahrnehmungen und Kommunikationspräferenzen. Beide Befragungen wurden standardisiert sowie deskriptiv und inferenzstatistisch ausgewertet. Umfrage 3 mit 428 Personen ermittelte mittels Conjoint-Analyse Präferenzen für konkrete Projektmerkmale bei einer erneuten Umsetzung eines zuvor gescheiterten Projekts. Das Design simulierte realistische Entscheidungssituationen und bestimmte die relative Bedeutung einzelner Merkmale.

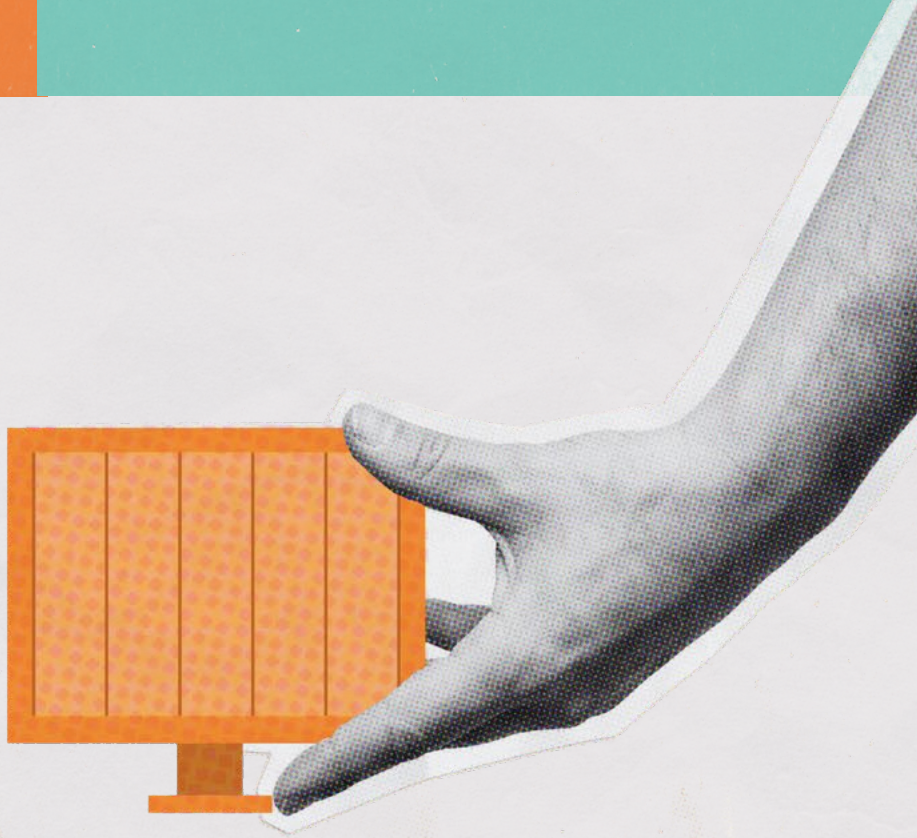
2.3 Ökonometrische Analyse von Bürgerbegehren

Zudem wertete das Schachteam lokale Bürgerbegehren[1] und Bürgerentscheide zu Energiewendeprojekten in Deutschland aus. Grundlage war die Datenbank Bürgerbegehren der Universität Wuppertal (2024) für den Zeitraum 2000 bis 2022. Die Fälle wurden nach Technologie und ihrer Unterstützung oder Ablehnung der Energiewende klassifiziert. Als energiewendeförderlich galt ein Ergebnis, wenn ein befürwortender Vorschlag erfolgreich war oder ein ablehnender Vorschlag scheiterte.

Untersucht wurden Zusammenhänge mit projektbezogenen Faktoren wie Technologie und Zeitpunkt, institutionellen Faktoren wie Art und Framing des Entscheids sowie strukturellen Faktoren wie lokalen politischen Präferenzen, Erfahrungen mit Erneuerbare-Energien-Anlagen und sozio-demografischen Merkmalen. Die Datenaufbereitung ist in einem öffentlich zugänglichen R-Skript dokumentiert (Alexander-Haw et al. 2026).

1 Wir gendern „Bürger“ im Falle von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid an dieser Stelle nicht, da wir uns hier auf die Sachbezeichnung, nicht auf die Personenbezeichnung beziehen. Diese Begehren und Entscheide werden wiederum von Bürger*innen hervorgebracht.

Befunde.







Dieses Kapitel bündelt die zentralen Befunde des Projekts entlang übergreifender Thesen. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass Konflikte um lokale Energieinfrastrukturprojekte vor allem dadurch beeinflusst werden, wie die Projekte vor Ort begründet, kommuniziert und verhandelt werden und ob Kritik als legitimer Bestandteil eines demokratischen Aushandlungsprozesses ernst genommen wird.

Die folgenden Unterkapitel führen Befunde aus Fallstudien, Bevölkerungsbefragungen, Medienanalyse, Bürgerbegehren-Analyse und sozialer Netzwerkanalyse zusammen. Sie zeigen, an welchen Stellen Konflikte eskalieren, welche Rolle Akteure, Vertrauen und Beteiligung spielen und unter welchen Bedingungen aus zunächst gescheiterten oder blockierten Vorhaben neue Handlungsspielräume entstehen können.

3.1 Konflikte eskalieren nicht wegen des Gegenstands der Kritik, sondern wegen des Umgangs mit ihr

Konflikte um lokale Energieinfrastrukturprojekte entzünden sich inhaltlich an ökologischen, finanziellen und sozialen Auswirkungen. Außerdem an der Frage, wie Kosten und Nutzen zwischen Bürger*innen, Gemeinde, Projektierungsunternehmen („Projektierer“) und lokaler Umwelt verteilt sind. Unsere Analysen der Umfragen und Fallstudien zeigen, dass der Grund für ihre Eskalation jedoch nicht unbedingt dort liegt.

In den untersuchten Fallstudien sind die Konflikte vor allem dann eskaliert, wenn sich der Konflikt von der Sachebene auf eine Akteursebene verlagert. Befürworter*innen des Projektes (insb. Bürgermeister*in und Projektierer) werfen den Kritiker*innen NIMBYismus[2] vor: Dass die Kritiker*innen also aus egoistischen Gründen grundsätzlich gegen LEP vor Ort wären. Und die Kritiker*innen werfen wiederum der Kommunalleitung vor, unlautere Interessen zu haben und intransparente ‚Hinterzimmer-Deals‘ mit Projektierer (und ggf. Flächeneigentümer*innen) zu schließen, die nicht im Interesse der Gemeinde und der Bevölkerung vor Ort seien. Diese wechselseitigen Vorwürfe können den Konflikt bis zu Eskalation hochschaukeln und erschweren einen konstruktiven Umgang mit gegenstandsbezogener Kritik.

Die Konfliktdynamik lässt sich dabei entlang der drei Dimensionen von „Energiegerechtigkeit“ (McCauley et al. 2013) untersuchen und einordnen:

> **Verteilungsgerechtigkeit:** Hier geht es um die konkrete Frage, ob Lasten und Vorteile gerecht aufgeteilt sind. Fragen lauten: Wer bekommt die Pachteinnahmen? Wessen Grundstück liegt neben der Anlage und ist ggf. durch Baulärm und -verkehr belastet? Welcher Ortsteil trägt bereits bestehende Infrastruktur und wird nun erneut belastet?

2 NIMBY steht für „Not in my backyard” und unterstellt, dass sich Personen gegen Projekte wenden, wenn sie sich vor Ort durch diese benachteiligt sehen bzw. deren Umsetzung v.a. weit entfernt von sich unterstützen.

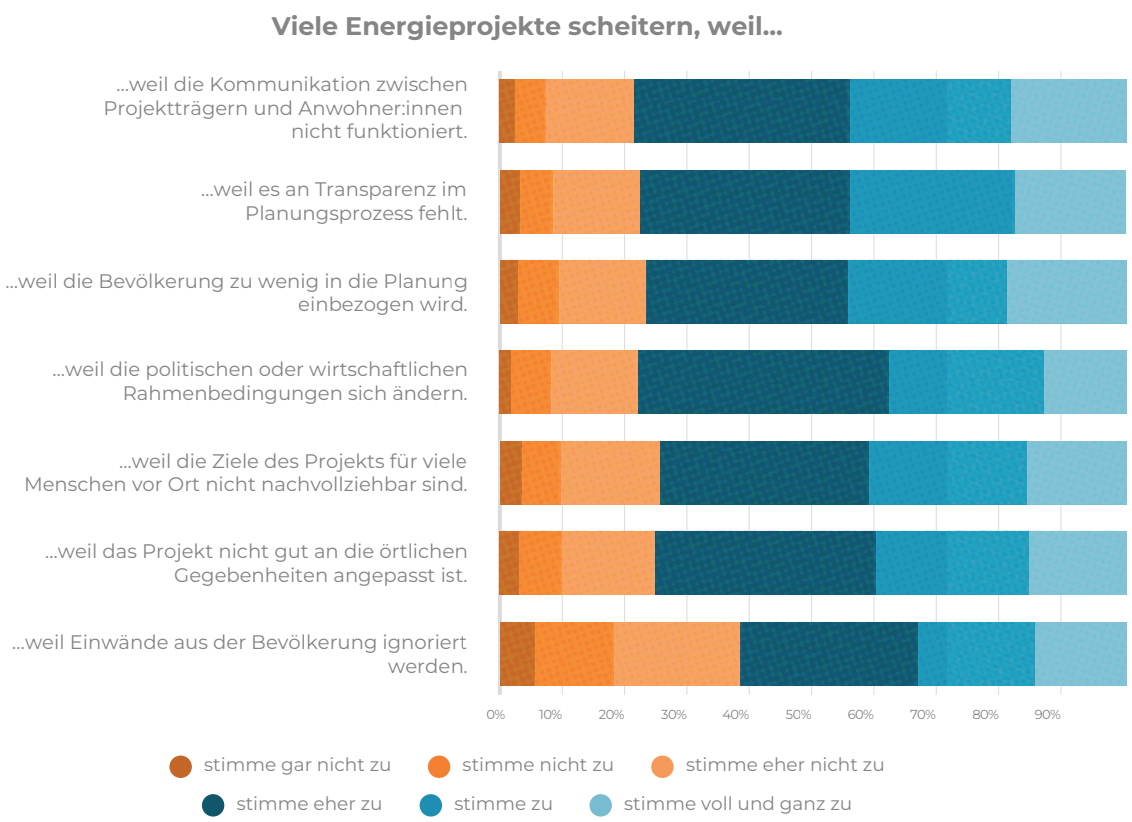
Prozessgerechtigkeit: Hier geht es darum, ob Bürger*innen das Verfahren als offen und nachvollziehbar erlebt haben. Hier sind die entscheidenden Fragen: Wurden sie rechtzeitig informiert? Konnten sie Fragen stellen? Hatte ihre Beteiligung erkennbar Einfluss auf den Prozess? Oder waren alle Entscheidungen auch über Ausgestaltungsoptionen längst gefallen?

Anerkennungsgerechtigkeit: Hier geht es um Respekt und Würde im Umgang miteinander. Die Fragen hier sind: Reagieren Projektierer und Verwaltung auf Einwände? Oder werden Bedenken abgetan? Fühlen sich Betroffene als gleichwertige Gesprächspartner oder als Hindernis, das es zu überwinden gilt?

3.1.1 Wann und wie kommen Konflikte auf?

Umfrage 1 (siehe Kapitel 2) zeigt, dass es aus Sicht der Bevölkerung nicht den einen Grund gibt, warum Projekte scheitern. Die Befragten bewerten fast alle vorgeschlagenen Ursachen ähnlich und insgesamt als relevant (siehe Abb. 2). Politische und wirtschaftliche Unsicherheiten, die technische und räumliche Passung eines Projekts vor Ort sowie konfliktrelevante Faktoren wie Verteilung, Verfahren und Kommunikation spielen alle eine relevante Rolle. Etwas weniger Gewicht erhält lediglich die Aussage, Energieprojekte scheiterten, „weil Einwände aus der Bevölkerung ignoriert werden". Insgesamt zeigt sich damit, dass Konflikte aus einem Bündel von Faktoren entstehen und nicht aus einem einzelnen Auslöser.

Abb. 2 Antworthäufigkeiten zu Scheiternsgründen von LEP.

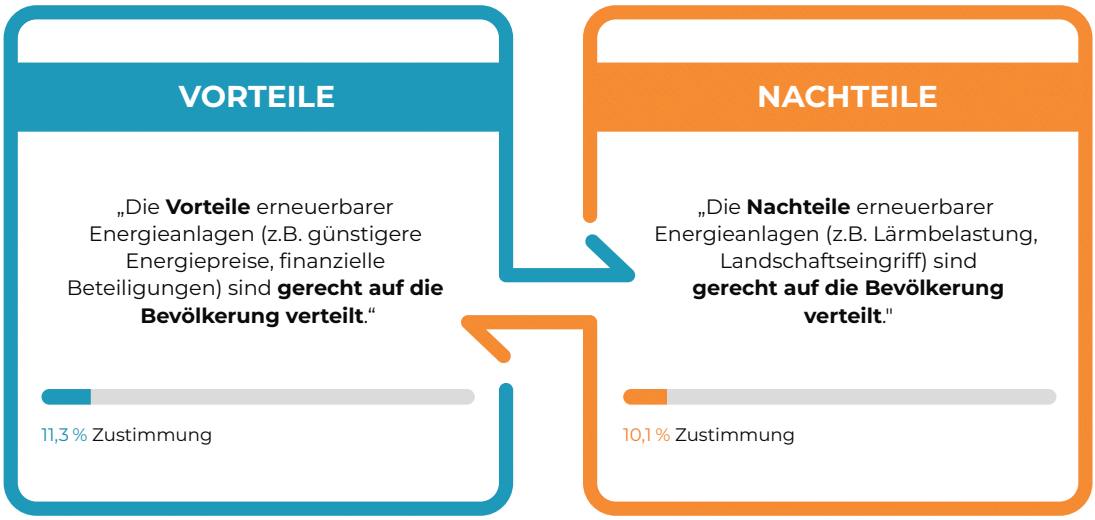


Um diese Umfrageergebnisse besser einzuordnen, werden sie im Folgenden mit den Fallstudien und entlang der Gerechtigkeitsdimensionen diskutiert. Die Fallstudien zeigen, wie Verteilungsfragen, Verfahren und der Umgang mit Kritik in konkreten Konfliktverläufen zusammenwirken. Die Medienanalyse zu den Fällen ergänzt diese Perspektive, indem sie sichtbar macht, wie lokale Konflikte öffentlich gedeutet und gerahmt werden. Gemeinsam helfen diese Analysen zu verstehen, wie Konflikte eskalieren können und unter welchen Bedingungen sie wieder konstruktiv bearbeitet werden können.

3.1.2 Verteilungsgerechtigkeit

In Umfrage 1 zeigt sich Verteilungsgerechtigkeit als ein relevanter Faktor für Konflikte in der Energiewende. Nur rund 11 Prozent der Befragten empfinden Vorteile und Nachteile erneuerbarer Energieanlagen als gerecht verteilt (siehe Abb. 3).

Abb. 3 Zustimmungshäufigkeiten zu Vor- und Nachteilen erneuerbarer Energieanlagen.



Die Fallstudien zeigen, wie dieses ausgeprägte Ungerechtigkeitsempfinden ein zentraler Treiber für Widerstände sein kann.

Ökologische Argumente, insbesondere zum Arten-, Wald- und Naturschutz sowie zum Landschaftsbild, wurden von Projektgegnern insbesondere in unseren Windkraft-Fallstudien Sinzig und Üchtelhausen aber auch in den Fällen zu Freiflächen-Photovoltaik Sydower Fließ und Dahlenburg vorgebracht. Eine genauere Betrachtung zeigte, dass dies nicht zwangsläufig aus rein ökologischer Überzeugung geschieht. Genuine Naturschutzanliegen können sich mit persönlichen oder wirtschaftlichen Interessen zu einem wirkungsvollen Protestnarrativ verbinden, das breit anschlussfähig ist und Unterstützung mobilisiert.

Angst vor Immobilienwertverlust ist ein weiteres über alle Fallstudien in Siedlungsnähe (alle bis auf Sinzig) dominant auftretendes Motiv. Besonders Eigentümer*innen von Häusern in unmittelbarer Nähe zu geplanten Anlagen befürchten, dass Windkraft-, Geothermie- oder Solaranlagen den Wert ihrer Immobilien senken, da es unattraktiver sei in der Nähe entsprechender Anlagen zu leben und ein Risiko für Gebäudeschäden bestehe. Letzterer Punkt war besonders wichtig in Puchheim. Diese Sorge ist für Betroffene unmittelbar existenziell und wird entsprechend emotional verhandelt.

Überbelastung spielte im Sydower Fließ, Sinzig und Dahlenburg eine Rolle. Auf der einen Seite des Ortes Tempelfelde in Sinzig steht bereits ein Windpark. Auf der anderen Seite sollte nun ein großer Solarpark entstehen. Im Fall Sinzig sahen sich die betroffenen Ortsteile Löhndorf und Franken mit Stromtrassen und Autobahn bereits doppelt belastet. Die Windräder auf dem Harterscheid kämen als weitere Belastung (Beeinträchtigung von Landschaftsbild und Naherholung) hinzu. Die Verteilungsfrage ist hier auch als Stadt-Land-Beziehung zu sehen. Die energieplanerischen Entscheidungen werden im Stadtrat getroffen Es sind aber die ländlichen Ortsteile, für die das Projekt mit Landschaftskosten einhergeht. In Dahlenburg schaute die Bürgermeisterin auf die zahlreiche Windvorranggebiete im Gebiet und darauf, dass entsprechend in Zukunft noch Windkraftanlagen in Dahlenburg gebaut werden. Dies könne aus Ihrer Sicht ein höheres Akzeptanz- und Konfliktpotenzial bergen, wenn bereits nun in der Samtgemeinde ein starker Zubau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen stattfände.

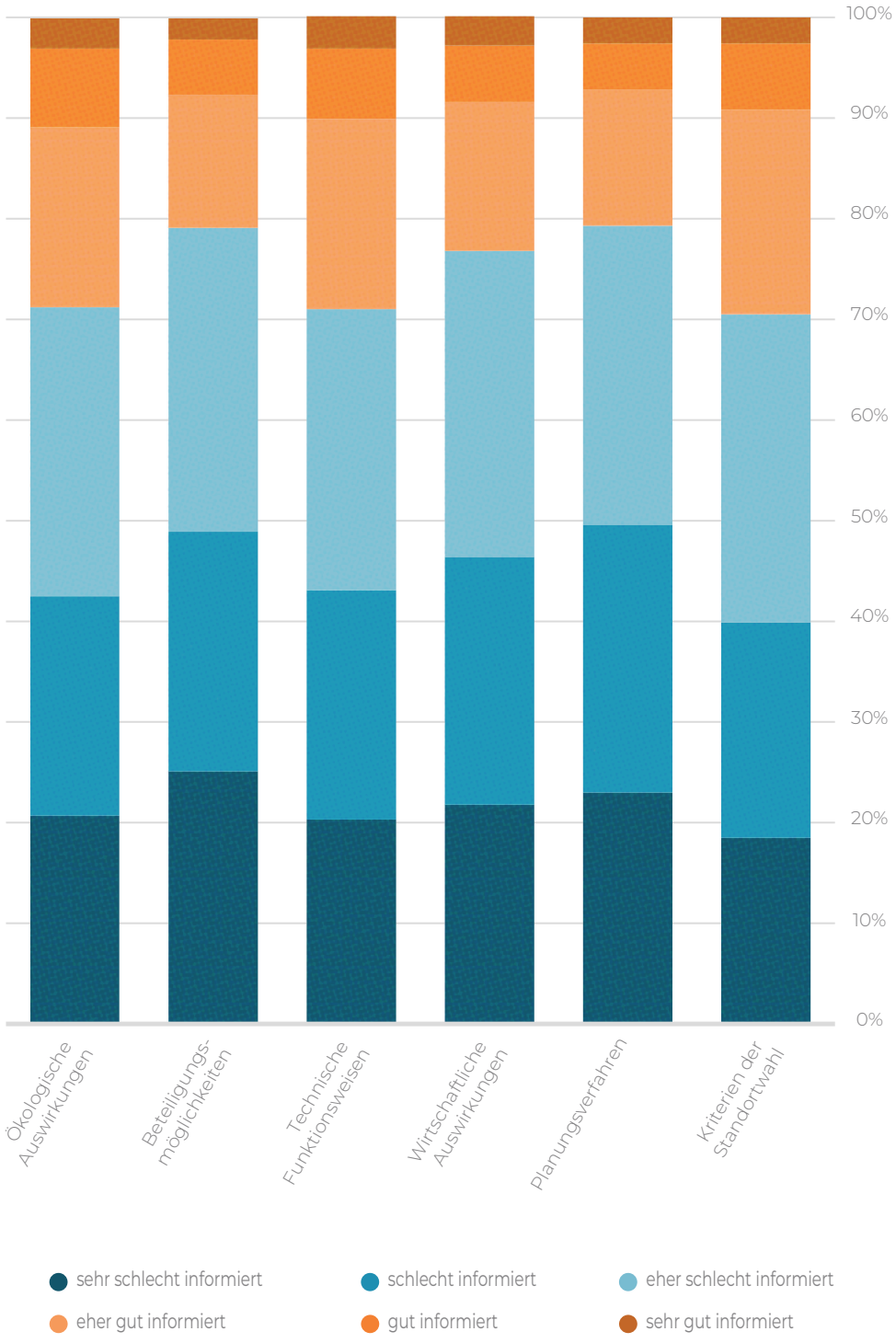
Diese Muster zeigen, wie die Dimension der (wahrgenommenen) Verteilungsgerechtigkeit auch Belastung für die Umwelt mit umfassen kann, wie persönliche Werte und materielle Interesse miteinander verschmelzen und dass sie viel mit Risikowahrnehmung zu tun hat. Diese ist wiederum von lokalen Erfahrungen geprägt. Zudem ist die Verhandlung der Verteilungsgerechtigkeit rund um einzelne Erneuerbare-Energien-Anlagen eingebettet in die Summe der Infrastrukturprojekte vor Ort. Ein Ort, in dem bereits viel Energie- oder Straßeninfrastruktur vorhanden ist, steht einem weiteren Projekt gegebenenfalls anders gegenüber als einer in dem erstmalig ein entsprechendes Projekt realisiert werden soll - abhängig von den Erfahrungen, die die Betroffenen gemacht haben.

3.1.3 Prozessgerechtigkeit

Ein tieferer Blick in die Daten der bundesweiten Umfrage zeigt, wo für das Thema Prozessgerechtigkeit relevante Informationsdefizite bundesweit liegen. Über alle Bereiche hinweg fühlt sich die klare Mehrheit der Bevölkerung schlecht informiert (siehe Abb. 4). Die größten Informationslücken zeigen sich bei Beteiligungsmöglichkeiten und beim Planungsverfahren. In diesen beiden Bereichen ist der Anteil derjenigen am höchsten, die sich eher schlecht oder sehr schlecht informiert fühlen. Dies legt die Folgerung nahe, dass Bevölkerungsgruppen, sich auch an Stellen weniger einbringen, wo sie sich wenig informiert fühlen.

Die Fallstudien illustrieren, wie sich dies in den Argumenten und Haltungen der Projektkritiker*innen äußert.

Abb. 4 Antworthäufigkeiten zum Grad der Informiertheit bezüglich LEP.



Mangelnde Transparenz über Entscheidungsprozess, Standortwahl, Beteiligungsmöglichkeiten und den Auswirkungen auf die Gemeinde sind zentrale Kritikpunkte, die von Projektgegner*innen in den Fallstudien vorgebracht wurden und entscheidend für die Konfliktdynamik. Auch wenn die Gemeinde- oder Stadträte Informationen über das Amtsblatt oder ähnliche Kanäle streuen, bleiben für Bürger*innen viele Fragen zum Prozess und den Auswirkungen des Projektes unklar. Kommuniziert wird vor allem auch auf

Grundlage von Gemeinde- oder Stadtratsbeschlüssen z.B. zur Planfeststellung. Das kann bei Bürger*innen das Gefühl hinterlassen, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

Äußern Kritiker*innen konkrete inhaltliche Bedenken zum Projekt (siehe oben), erwarten sie, dass Klarheit hergestellt wird. In diesem Sinne erwarten sie Beteiligungsmöglichkeiten, die auf Projekt einwirken. Zum Beispiel indem Projektierer belegen, dass Risiken überschaubar sind und klarstellen, wie sie mit ihnen umgehen. **Beteiligungsmöglichkeiten, die einseitig sind**, wie Infoveranstaltungen oder -stände, wirkten in den Fallstudien eher abwiegelnd auf die Kritiker*innen und eskalierend auf die Konfliktdynamik.

3.1.4 Anerkennungsgerechtigkeit

In den eingangs in Abbildung 2 dargestellten Umfrageergebnissen, ist das Thema Anerkennungsgerechtigkeit ein wichtiger aber im Vergleich zu den anderen Faktoren weniger relevanter Faktor für das Scheitern von LEPs. Die Fallstudien machen jedoch sichtbar, wie Streitpunkte rund um Anerkennungsgerechtigkeit zwar keine Konfliktverursacher sind aber durchaus eine relevante eskalierende Wirkung haben können.

Mangelnde Ernsthaftigkeit im Umgang mit Kritik führte in einigen der untersuchten Fälle zu einer schnellen Eskalation. Kommunen oder Projektierer, die Gegenargumente in Diskussionsrunden oder öffentlichen Auftritten pauschal abtun oder auf diese erkennbar schlecht vorbereitet sind, lösen Unverständnis aus und vermitteln den Menschen, die Kritik am Projekt äußern, das Gefühl, nicht gehört zu werden.

Unzureichende Außenauftritte der Projektierer verstärkten in mehreren Fällen das Misstrauen der der Bevölkerung ihnen gegenüber. Wenn Kommunen Energiewendevorhaben umsetzen möchten, sind Projektierer auch in der Öffentlichkeitskommunikation ein wichtiger Partner. In den untersuchten Fällen haben Bürger*innen Auftritte von Projektierern immer wieder als unprofessionell wahrgenommen, oder ihre Abwesenheit bei Informationsveranstaltungen ausdrücklich bemängelt. Beides sendet ein Signal, von mangelndem Interesse an den Menschen, die von einem Projekt betroffen sind.

In den Fallstudien zeigt sich, dass Kritik an der wahrgenommenen Gerechtigkeit sich bezüglich Verteilung, Verfahren und Anerkennung gegenseitig verstärken kann. Wenn Bürger*innen den Eindruck haben, dass Kosten und Nutzen eines Projekts unfair verteilt sind, Beteiligung zu spät oder ohne Wirkung erfolgt und ihre Einwände nicht ernst genommen werden, entsteht Misstrauen gegenüber den Projektbefürworter*innen. Dieses Misstrauen richtet sich besonders gegen Bürgermeister*innen, Gemeindevertreter*innen und Projektierer. Kritiker*innen vermuten dann, dass das Projekt gegen die Interessen der Gemeinde und ihrer Umwelt durchgesetzt werden soll. In einigen Fällen reicht dieses Misstrauen so weit, dass selbst von der Kommune beauftragte Fachgutachten nicht mehr als unabhängig wahrgenommen, sondern als ‚Gefälligkeitsgutachten' bewertet werden.

Da viele der geäußerten Bedenken zur Verteilung von Kosten und Nutzen des LEP schon hinlänglich bekannt sind, werden sie von den Befürworter*innen als Muster der grundsätzli-

chen Kritik wahrgenommen. Die Befürworter*innen gehen davon aus, dass die Kritiker*innen grundsätzlich etwas gegen das Projekt haben und man mit ihnen nicht konstruktiv sprechen kann. Dies verleitet sie dazu, die geäußerten Kritikpunkte nicht angemessen ernst zu nehmen, oder Raum für konstruktiven Dialog zu lassen und den Kritiker*innen das Gefühl zu geben, gehört zu werden. Dies führt wiederum zu den oben beschriebenen Reaktionen in der Bevölkerung, die wiederum eskalierend für den Konflikt wirken.

3.2 Nicht die Technologie allein entscheidet über Konfliktdynamik und Akzeptanz, sondern der Umgang mit dem Projekt

Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den Technologien, ihrem Konfliktpotenzial und den Kommunikations- und Informationsbedarf. Aber die grundsätzlichen Konfliktdynamiken und Stellschrauben zum konstruktiven Umgang mit entsprechenden Konflikten bleiben dieselben. Das zeigen sowohl die quantitativen Analysen der Bürgerbegehren, als auch Umfrage 1 und die Analyse der medialen Berichterstattung.

Die Medienanalyse bestätigt dieses Bild auf inhaltlicher Ebene, denn die grundlegenden Deutungsmuster sind bei gescheiterten Wind- und Solarprojekten ähnlich. Bei Windprojekten rücken häufiger Landschaftsveränderungen und Naturschutzfragen in den Vordergrund, während bei Solarvorhaben Flächennutzung und landwirtschaftliche Interessen stärker thematisiert werden. Dennoch dominieren bei beiden Technologien dieselben übergeordneten Themen. Dazu gehören Fragen der politischen Steuerung, Verfahrensgerechtigkeit und der Fairness von Entscheidungsprozessen.

In der bundesweiten Umfrage haben wir die Wahrnehmung der Befragten von Windparks und von Solarparks verglichen. Dabei haben sich folgende Muster gezeigt (siehe Abb. 5 und Abb. 6):

Informiert sein wollen ist der Normalfall: Sowohl bei Wind- als auch bei Solarparks ist der Wunsch nach guter Information über lokale Bauprojekte sehr hoch. Proaktive Kommunikation entspricht damit einem klar geäußerten Bedürfnis der Bevölkerung, wobei der Bau von Windparks einen besonders hohen Informationsbedarf erzeugen.

Grundsätzliche Akzeptanz, aber Technologiegefälle: beide Technologien werden über alle Bewertungsdimensionen hinweg oberhalb der Skalenmitte eingestuft, was auf eine grundsätzlich positive Wahrnehmung in der Bevölkerung hindeutet. Solarparks erhalten dabei durchgängig höhere Zustimmungswerte als Windparks.

Risikowahrnehmung als wichtigeres Thema bei Windparks: Die größten Bewertungsunterschiede zwischen den beiden Technologien zeigen sich bei der Risikozuschreibung (z. B. gefährlich/ungefährlich: $\Delta = 0{,}51$).

Technologische Reife als gemeinsame Schwachstelle: Die Dimension unausgereift/ausgereift weist bei beiden Technologien die niedrigsten Werte auf, wobei beide im Mittel noch in der oberen Hälfte (ausgereift) der Skala liegen.

Abb. 5 Antwortmittelwerte zum Wunsch nach Information über Solarpark und Windpark.

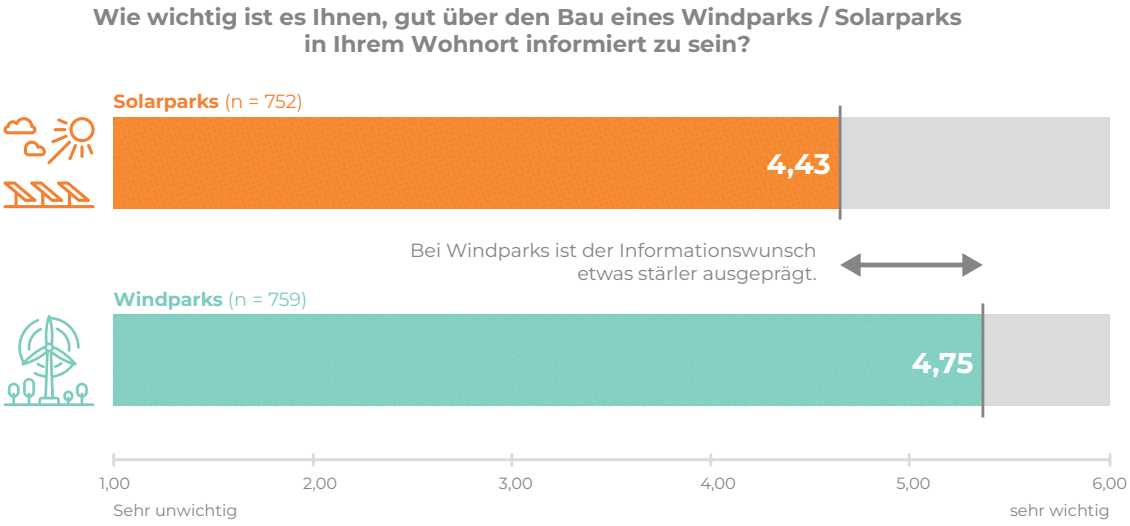
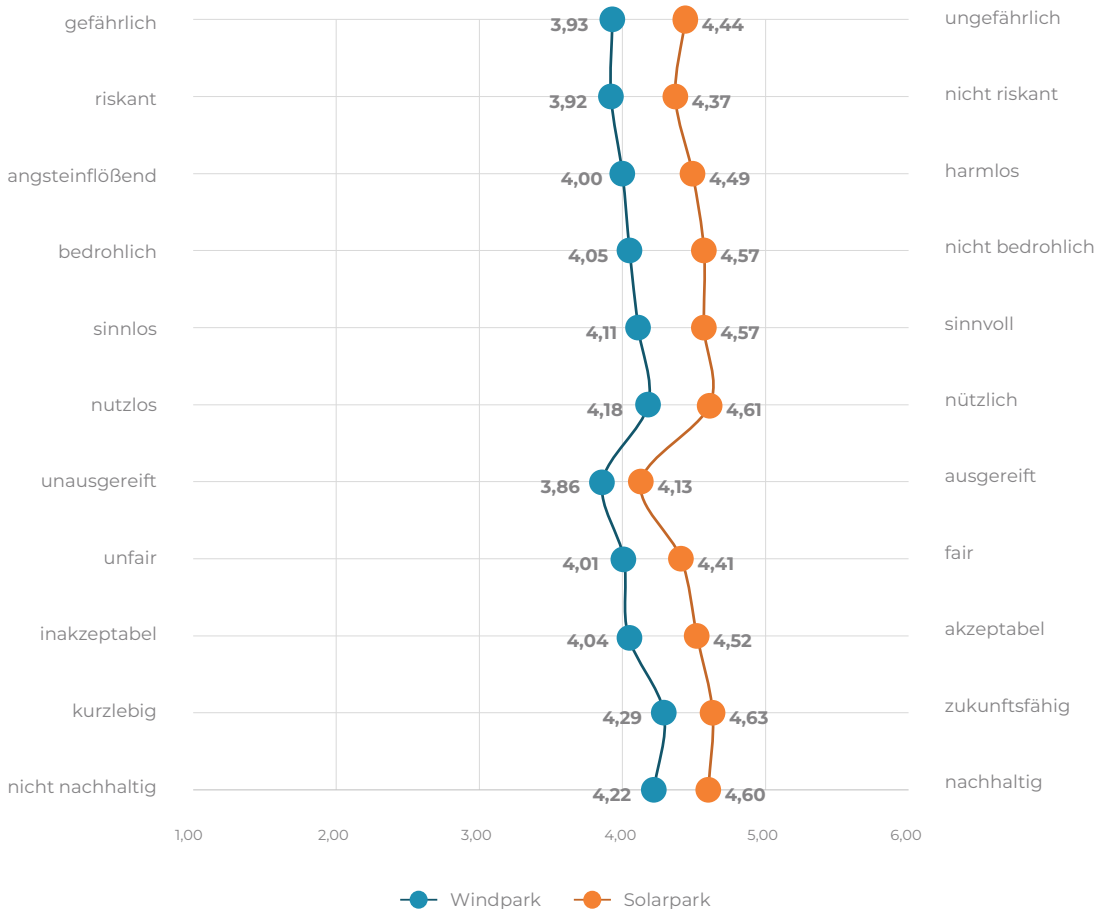


Abb. 6 Antwortmittelwerte zur Bewertung von Windparks und Solarparks anhand von 11 Dimensionen.



Dass die „Technologiereife“ bzw. wie weit eine Technologie bereits etabliert ist, einen Unterschied für Konflikte vor Ort macht, zeigt auch die Analyse der Bürgerbegehren. Bürgerentscheide über die etablierten Technologien Wind und Solar gehen eher im Sinne der Energiewende aus als zu anderen Technologien.

Wenn ein Konflikt erst einmal entstanden ist und zu eskalieren droht, ist die jeweilige Technologie jedoch meist nicht mehr der entscheidende Treiber. Wichtiger ist, wie das Projekt gesteuert und kommuniziert wird. Ob Verfahren transparent gestaltet und Einwände ernst genommen werden. Und ob der Konflikt auf der Sachebene bleibt oder er sich auf die Akteursebene verschiebt, auf der Misstrauen gegenüber Bürgermeister*innen, Gemeindevertretungen oder Projektierern dominiert. Wie in Kapitel 3.1 beschrieben, sind dafür die Prinzipien der Energiegerechtigkeit zentral. Die vergleichende Analyse der Fallstudien Üchtelhausen (Windkraft), Sydower Fließ (Freiflächen-PV) und Puchheim (Geothermie) zeigt, dass eskalierende Konflikte technologieübergreifend ähnlichen Mustern folgen.

3.3 Projektgegner*innen sind nicht einfach „NIMBYs“. Projektbefürworter*innen tendieren allerdings „PIMBYs“ zu sein.

In allen Fallstudien lassen sich wiederkehrende Konstellationen erkennen. In der Regel gibt es eine befürwortende Seite mit formaler Entscheidungsmacht und eine kritische Seite mit informeller Mobilisierungskraft. Zwischen beiden Seiten besteht ein Aushandlungsraum, in dem der Ausgang schwer vorhersehbar ist.

Abb. 7 Stakeholder und Machtressourcen in Konflikten um lokale Energieinfrastrukturprojekte

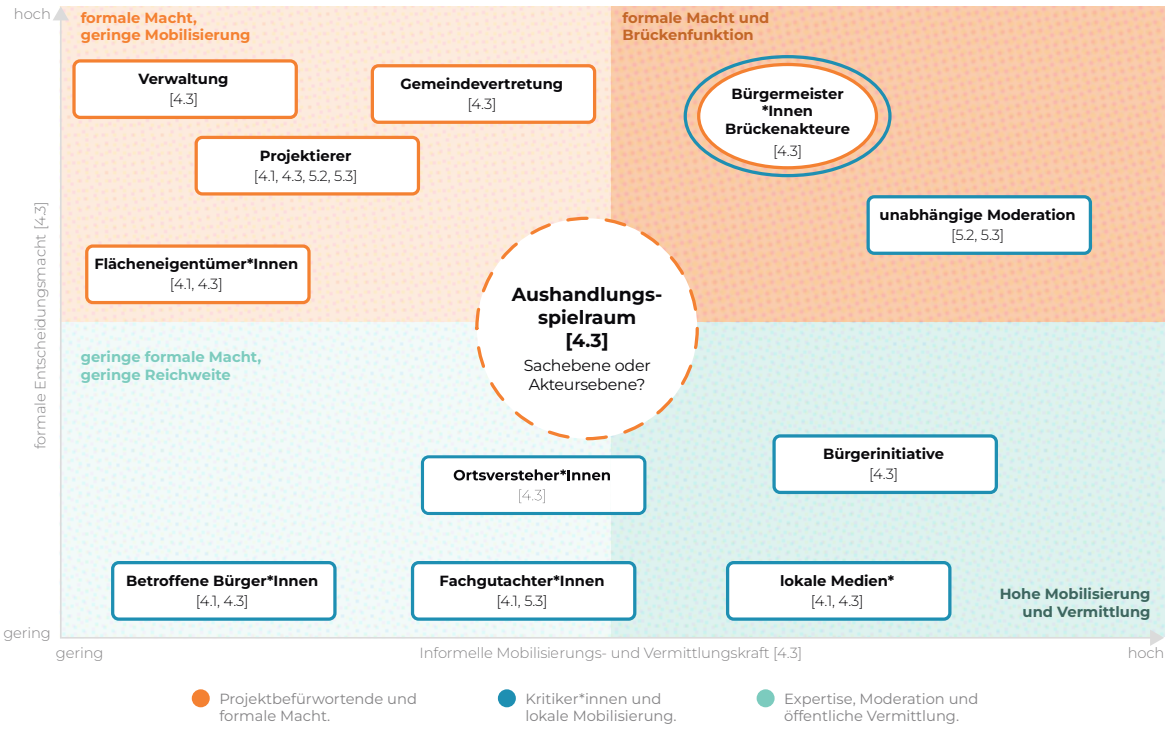


Abbildung 7: Stakeholder und Machtressourcen in Konflikten um lokale Energieinfrastrukturprojekte (eigene Darstellung).

3.3.1 Kritiker*innen: Informelle Macht, öffentliche Mobilisierung, konkrete Bedenken

In den untersuchten Fällen traten Kritiker*innen vor allem in Form von Bürgerinitiativen[3] sowie durch lokale Repräsentant*innen auf, etwa Ortsvorsteher*innen. Diese Akteure verfügen in der Regel über keine oder wenig formale Entscheidungsmacht im Planungs- und Genehmigungsverfahren von LEPs. Sie können den Konfliktverlauf aber dennoch stark prägen, weil sie vor Ort mobilisieren, Deutungen öffentlich sichtbar machen und Betroffenheit bündeln. Ihre Legitimation leiten sie aus der räumlichen Nähe zum Projekt und aus dem Anspruch ab, lokale Interessen gegenüber übergeordneten politischen, planerischen oder wirtschaftlichen Zielen zu vertreten. In drei der untersuchten Fälle bestand der engere Kreis der Bürgerinitiativen jeweils aus einer kleinen Gruppe besonders stark betroffener Personen. Darüber hinaus zeigt sich jedoch kein einheitliches Muster. Die Mitglieder waren nicht zwingend schon vorher eng miteinander verbunden, und sie nahmen auch nicht in allen Orten unabhängig von der Bürgerinitiative eine herausgehobene Rolle in der Gemeinde ein.

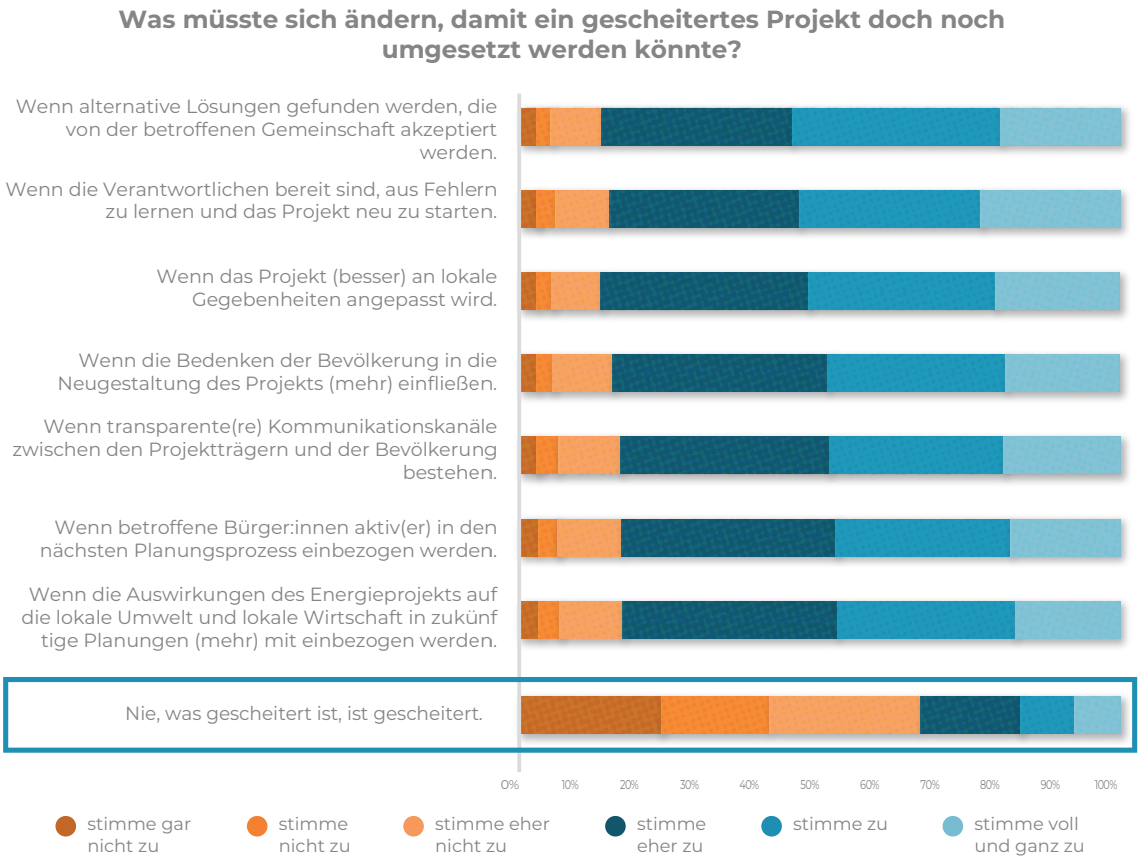
Sie entfalten Wirkung durch öffentliche Mobilisierung mittels Flyer, Websites und Informationsveranstaltungen, Medienarbeit, die auch überregionale Aufmerksamkeit erzeugt. Hinzu kommen juristische Mittel, wie Klagen oder Klagedrohungen, als Verzögerungsstrategie. Zudem besetzen sie Deutungsrahmen, insbesondere durch Naturschutz- und Gesundheitsargumente, die gesellschaftlich breit anschlussfähig sind. Zugleich zeigen mehrere Fälle, dass entsprechende Akteursgruppen auf lange Sicht mit Erosionsprozessen kämpfen. Interne Konflikte, Ermüdungserscheinungen und organisatorische Fehler können die Wirkung von Bürgerinitiativen mit der Zeit schwächen.

Bezüglich der Haltung der Kritiker*innen in den Fallstudien ist insgesamt festzuhalten, dass es den meisten nicht um eine grundsätzliche Ablehnung des konkreten Erneuerbarer-Energien-Projektes (und auch nicht der Energiewende) geht. Vielmehr geht es ihnen um den Entscheidungsprozess und konkrete Bedenken bezüglich möglicher negativer Auswirkungen des Projektes für sie selbst, die Gemeinschaft oder die Umwelt. Abgesehen von einzelnen Individuen, zeigen eine grundsätzliche Kompromissbereitschaft über alle Fälle hinweg, sofern konkrete Bedenken adressiert und bei Bedarf in der Projektanpassung berücksichtigt werden.

Das spiegelt sich in der Auswertung von Umfrage 1. Sie zeigt, dass die Mehrheit der Befragten offen dafür ist, einmal gescheiterte Projekte neu aufzusetzen, vorausgesetzt Fehler werden anerkannt, Bedenken ernst genommen und Lösungen gemeinsam mit der betroffenen Gemeinschaft entwickelt (siehe Abb. 8). Ob ein Projekt eine zweite Chance bekommt, hängt also aus Sicht der Bevölkerung vor allem davon ab, ob es besser auf lokale Gegebenheiten zugeschnitten wird und Bürger*innen aktiv in den Planungsprozess einbezogen werden.

3 Wie auch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, gendern wir an dieser Stelle das im Begriff enthaltene „Bürger“ nicht, da wir uns auf den feststehenden Sachbegriff beziehen. Diese Initiativen werden von Bürger*innen hervorgerufen und angetrieben.

Abb. 8 Antworthäufigkeiten zu Änderungswünschen für ein gescheitertes LEP.



3.3.2 Befürworter*innen: Formale Macht, prozessuale Kontrolle, grundsätzliche Befürwortung

In allen untersuchten Fällen gehören neben den Projektierern selbst, gewählte Bürgermeister*innen, Teile der Verwaltung (z.B. Nachhaltigkeitsmanagement), Teile der Gemeindevertretung sowie begünstigte Landeigentümer*innen zu den Befürworter*innen. Sie haben die strukturelle Kontrolle über den Prozess. Sie sind direkte Verhandlungspartner für das Projekt, folgen formalen Planungsverfahren, legen Tagesordnungen fest, steuern das ob und wie von Beteiligungsformaten, verfügen über rechtliche Expertise und formale Entscheidungsgewalt in unterschiedlicher Ausprägung über Prozess der Planung und Gestalt des Projektes. Ihre Entscheidungen zu Planung, Genehmigung und Kommunikation haben unmittelbaren Einfluss auf die Wahrnehmung der Bevölkerung.

Ihre positive Haltung gegenüber dem Projekt ist in den untersuchten Fällen in der Eskalationsphase grundsätzlicher als die ablehnende Haltung der Kritiker*innen. Dies hängt in den Fällen der Projektierer und begünstigen Landeigentümer*innen vor allem daran, dass sie eine klare Vorstellung davon haben, welchen Nutzen ihnen das Projekt bringen wird. Auch die Bürgermeister*innen sehen einen klaren Nutzen für die Gemeinde in Form von monetären Einnahmen oder dem Fortschritt auf energiepolitischen Zielpfaden.

Die soziale Netzwerkanalyse der zweiphasigen Fälle (Üchtelhausen, Sydower Fließ, Puchheim; siehe Methodikteil) zeigt hier zudem, dass Bürgermeister*innen sind sowohl in der Eskalations- als auch der Kompromissphase Brückenakteure sind. Strukturell sind sie im sozialen Netzwerk das Bindeglied zwischen Haltungen (befürwortend, neutral, kritisch), sowie Funktionen und Rollen (Verwaltung, Politik, Projektierer, Bürger*in etc.). Der Unterschied liegt darin, ob sie diese Rolle ausfüllen oder nicht. In der Eskalationsphase traten sie in den untersuchten Fällen trotz dieser strukturellen Eigenschaft als reine Befürworter*innen auf. Damit zeigt sich das Gegenstück zum verkürzenden NIMBY-Vorwurf. Während Kritiker*innen nicht pauschal gegen Projekte „in ihrem Hinterhof" sind, vertreten Befürworter*innen eher eine pauschale Befürwortung zugunsten des Projekts – gewissermaßen ein „Please in my backyard" oder PIMBY. In den untersuchten Fällen sind in der Kompromissphase zwar weiterhin Befürworter, stellen aber ihre Rolle als Vermittelnde stärker in den Vordergrund bzw. ihre befürwortende Haltung in den Hintergrund. Dies hat eine deeskalierende und vertrauensbildende Wirkung, da es den Kritiker*innen signalisiert, dass das Projekt nicht gegen jeden Einwand unverändert umgesetzt werden soll. Dies stärkt auch das Vertrauen darein, dass das Projekt der Gemeinde und lokalen Gemeinschaft zugutekommen kann und nicht gegen ihre Interessen durchgesetzt wird.

3.4 Konstruktiver Umgang mit Konflikten folgt einem klar erkennbaren Muster: Prozessredesign und Beteiligung mit Konsequenz

Unsere Umfrageergebnisse und die Fallstudien machen sichtbar, dass ein vorläufiges konfliktbedingtes Scheitern nach einer Eskalationsphase nicht unbedingt bedeutet, dass ein Projekt nicht umsetzbar ist. Eher bedeutet dies zunächst vor allem, dass der Konfliktmodus festgefahren ist.

Auch die Analyse der Bürgerbegehren zeigt, dass reaktive Bürgerentscheide, die auf bestehende Ratsentscheidungen oder bereits zugespitzte Konflikte folgen, seltener zu energiewendeförderlichen Ergebnissen führen als Abstimmungen über neue Vorschläge. Sie sind daher häufig ein Signal dafür, dass ein Konflikt bereits politisiert ist. Für einen Neustart reicht es dann nicht, das Projekt erneut zu erklären. Notwendig ist ein sichtbar veränderter Prozess mit echter Mitsprache und überprüfbaren Anpassungen.

Schon die oben in Abb. 2 dargelegten Umfrageergebnisse zu den Anpassungsvorschlägen machen deutlich, dass Akzeptanz und Deeskalation weniger über ein einzelnes technisches Detail oder über reine Verfahrenskorrekturen entstehen, sondern über das Zusammenspiel mehrerer Faktoren.

3.4.1 Welche Anpassungsstrategien werden präferiert?

In der vertiefenden Umfrage zu möglichen Projektanpassungen zeigt sich, dass es den Befragten besonders wichtig ist, welche Rolle die lokale Bevölkerung im weiteren Prozess einnimmt. Beteiligung der lokalen Bevölkerung am Projekt wird als wichtigste Strategie bewertet. Wichtiger noch als Anpassungen an Projekt und Technologie oder Anpassungen in Planungs- und Entscheidungsprozessen (siehe Abb. 9). Dabei ist insbesondere Mitsprache am Projekt gewünscht. Eine kleinere Rolle spielt die finanzielle Beteiligung der Kommune. Des Weiteren kann eine Anpassung des Standortes positiv auf die Zustimmung wirken.

Abb. 9 Präferenzen für unterschiedliche Anpassungsstrategien und deren Elemente.



Mitsprache am Projekt
Bürgerinnen und Bürger werden inhaltlich an der Gestaltung des Projekts beteiligt, zum Beispiel durch Planungswerkstätten, Beteiligungsgremien oder Mitsprache bei wichtigen Entscheidungen.

Finanzielle Beteiligung der Bürger:innen
Bürgerinnen und Bürger können sich finanziell am Projekt beteiligen und direkte Gewinne oder Zinsen erhalten, zum Beispiel über Aktien oder Genossenschaftsanteile.

Standort
Der Standort des Projekts wird neu geprüft und kann deutlich verändert werden. Alternativstandorte werden einbezogen, um Belastungen für die Bevölkerung zu verringern.

Technologiegröße
Größe und Umfang des Projekts werden angepasst. Zum Beispiel sind weniger Anlagen, geringere Leistung oder eine kleinere Flächeninanspruchnahme vorgesehen.

Projektkommunikation
Im neuen Projekt wird vor allem die Kommunikation verbessert. Informationen werden früher, regelmäßiger und verständlicher bereitgestellt, und Entscheidungswege werden transparent gemacht.

Verfahrensregulation
Im neuen Projekt werden vor allem Verfahren und Zuständigkeiten verbessert. Es gibt klarere rechtliche Vorgaben, verbindlichere Abläufe und eine stärkere Kontrolle durch Behörden.

Hervorzuheben ist, dass die finanzielle Beteiligung von Bürger*innen als Element der ersten Anpassungsstrategie am unbeliebtesten ist. Auch in den Fallstudien spielt das Thema finanzielle Kompensation keine zentrale Rolle. Denn Deeskalation scheint nicht durch Geld als Gegenleistung für eine belastende Infrastrukturmaßnahme zu entstehen. Sondern durch Fairness, nachvollziehbare und transparente Abwägung sowie vertrauenswürdige Rahmensetzung. Wo finanzielle Fragen eine Rolle spielen, geht es den Konfliktparteien eher um die Verteilung von Lasten und Erträgen als Teil der Projektgestaltung, nicht um Kompensation im Sinne von Auszahlung gegen Zustimmung. Aus der sozialen Netzwerkperspektive lässt sich das so verstehen, dass Geld weder Brückenakteure ersetzt noch neutrale Rahmensetzungen. Ohne Vertrauen kann Kompensation sogar als Versuch gelesen werden, Zustimmung zu kaufen, wie auch frühere Studien schon gezeigt haben (Simora 2017, Jørgensen et al. 2020, Fajardo Ligero et al. 2025). Finanzielle Teilhabe gewinnt dann an Bedeutung, wenn sie gezielt gewünscht ist oder durch sie von vornherein für die Begünstigten ein Gefühl von Ownership hergestellt wird (Jørgensen et al. 2020, Knauf 2022).

Zur Mitsprache lässt sich an der Stelle noch sagen, dass sie in den untersuchten Fällen dann eine deeskalierende Wirkung erzielte, wenn sie tatsächlichen Einfluss ermöglichte, Informationsasymmetrien abbaute und konkrete Kritik in Entscheidungen übersetzte. Auch Projektanpassungen trugen vor allem dann zur Beruhigung bei, wenn sie erkennbar an benannten Einwänden ansetzen. Sei es durch technische Änderungen, Standortfragen oder eine überprüfbare Klärung von Kosten, Nutzen und Risiken und ihrer Verteilung unter den Beteiligten und Betroffenen.

Insofern lassen sich die Ergebnisse der Präferenzanalyse so einordnen, dass alle Anpassungsstrategien Komplementäre zur Mitsprache sind. Anpassungen, die ohne Mitsprache umgesetzt werden, um das Projekt attraktiver zu gestalten, entfalten weniger deeskalierende Wirkung. Denn sie lassen die Aspekte der Prozessgerechtigkeit und Anerkennungsgerechtigkeit außer Acht.

3.5 Bürger*innen unterscheiden sich darin, wie und von wem sie informiert werden wollen

Dass Kommunikation und Verfahrenstransparenz zentrale Stellschrauben sind, zeigt sich auch in der lokalen Vertiefungsbefragung (siehe Kapitel 2). Wer informiert werden will, wie viel Information als ausreichend empfunden wird und wessen Aussagen Glaubwürdigkeit besitzen, ist dabei keineswegs einheitlich. Eine statistische Gruppierung auf Basis von drei Einstellungen – regionale Identität, Vertrauen in staatliche Institutionen sowie Einstellung zu Klimawandel und Energiepolitik – führte zu drei Gruppen mit unterschiedlichen Graden an Informations- und Kommunikationsbedürfnissen.



Die lokal Verwurzelten (n = 470)

Diese Gruppe ist klimapolitisch aufgeschlossen, fühlt sich ihrer Region verbunden und vertraut Behörden. Von allen drei Gruppen hat sie den größten Informationshunger. Sie will vor allem wissen, wie das Projekt neu geplant wird, welche Auswirkungen es auf die Region hat und wie es anderswo funktioniert hat. Am liebsten hört sie das von Projektverantwortlichen, Fachexpert*innen oder Behörden. Als Beteiligungsformat bevorzugt sie Informationsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen. Auch die Möglichkeit von Bürgerentscheiden ist von dieser Gruppe gewünscht. Klimaschutz und regionale Energieunabhängigkeit sind für sie anschlussfähige Themen. Des Weiteren folgt diese Gruppe aktiven Einladungen zur Beteiligung und Informationen dürfen ausführlich und vielschichtig sein.



Die sachorientiert Offenen (n = 393)

Diese Gruppe ist ebenfalls klimapolitisch offen, aber weniger stark mit der Region verbunden und vertraut Behörden nur bedingt. Informationen will sie vor allem zu den Auswirkungen auf die Region, zu Kritikpunkten bei der Neuplanung und zu Beispielen, die anderswo funktioniert haben. Projektverantwortliche und Behörden gelten als glaubwürdige Absender. Podiumsdiskussionen und Informationsveranstaltungen kommen als Formate gleich gut an. Eine aktive Mitbestimmung wird von dieser Gruppe weniger gefragt. Auch hier sind Themen wie Klimaschutz und Energieunabhängigkeit anschlussfähig. Wirtschaftliche eigene Vorteile oder Hinweise auf Landschaftsveränderungen interessieren hier weniger. Die entscheidende Frage für diese Gruppe lautet: Was bringt das Projekt der Region und warum funktioniert es diesmal? Die Gruppe interessiert sich dabei für sachliche Informationen. Übermäßig emotionale Kommunikation verfehlt diese Gruppe.

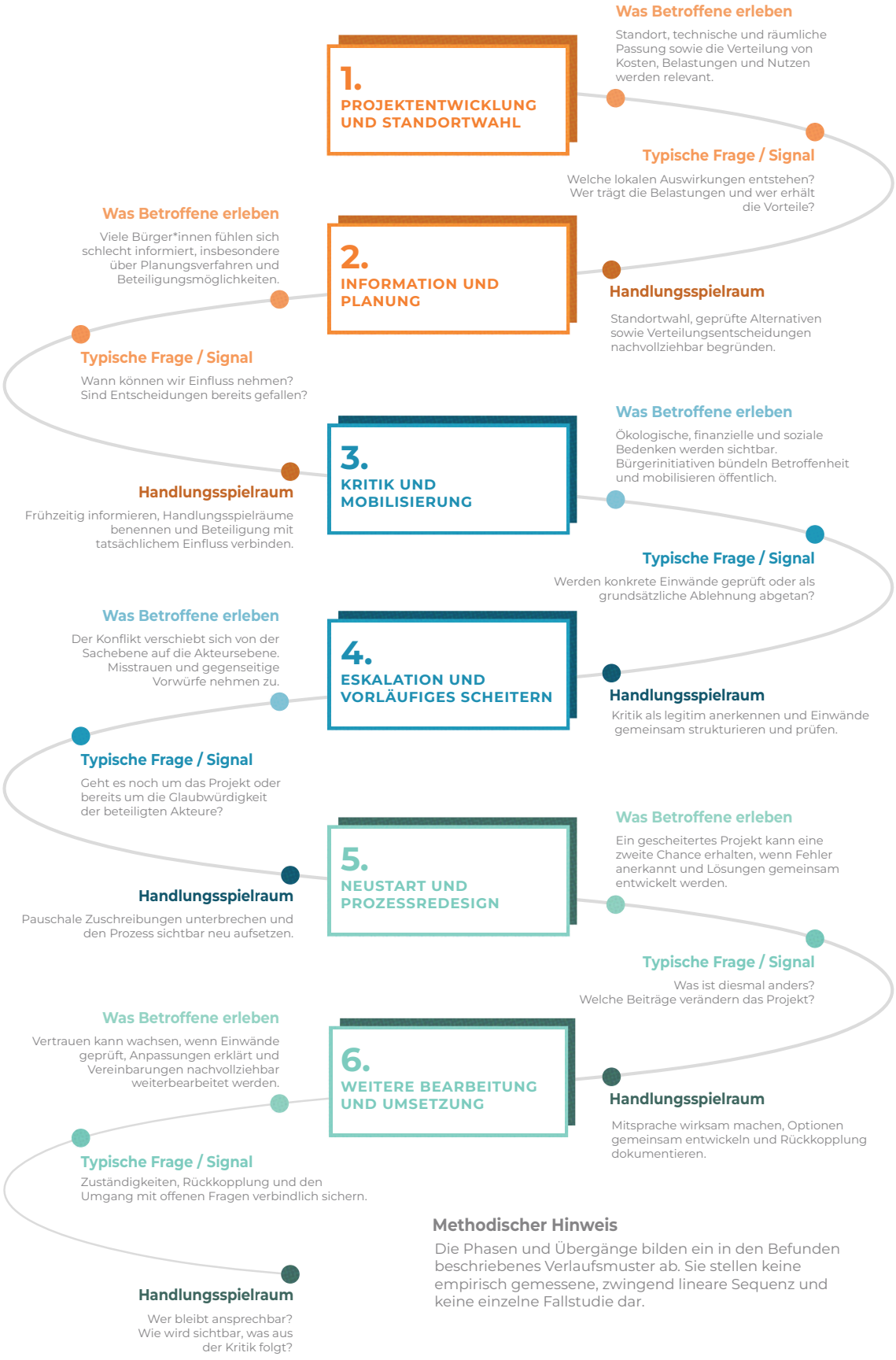


Die institutionell Distanzierten (n = 151)

Diese Gruppe ist klimapolitisch kritisch, aber nicht desinteressiert. Das Vertrauen in Behörden, Umweltverbände und offizielle Stellen ist sehr gering, und Klimaschutz ist hier als Thema wenig anschlussfähig. Trotzdem wollen auch diese Bürger*innen informiert werden. Und zwar über die Auswirkungen auf die Region, über Kritikpunkte bei der Neuplanung und wie die anderen beiden Gruppen auch über Projekte, die anderswo funktioniert haben. Alle Informationsquellen werden dabei von dieser Gruppe skeptisch bewertet. Am ehesten vertraut sie Investor*innen und Projektverantwortlichen. Klarer Favorit beim Beteiligungsformat ist für diese Gruppe die Podiumsdiskussion, bei denen kritisch nachgefragt werden kann. Für diese Gruppen sollten Behörden nicht als Hauptabsender auftreten. Mehr wünscht Sie sich eine unabhängige Moderation. Wie die anderen beiden Gruppen, ist auch sie nicht uninteressiert an Themen der regionalen Energieunabhängigkeit.

Fazit für die Kommunikationsstrategie: Aus den drei Gruppenprofilen folgt, dass es keine einheitliche Kommunikationsstrategie für alle Bürger*innen geben kann. Vielmehr sollte diese so aufgebaut sein, dass sie unterschiedliche Informations- und Vertrauensbedürfnisse gleichzeitig berücksichtigt. Sie muss ausreichend detaillierte Informationen für stark Interessierte bereitstellen, sachlich und verständlich den regionalen Nutzen und die Projektlogik erklären und zugleich Raum für kritische Nachfragen schaffen. Hilfreich ist daher ein mehrschichtiger Ansatz. Diese sollte frühzeitige Grundinformation für alle umfassen, sowie vertiefende Informationsangebote für besonders Interessierte, dialogische Formate mit echter Mitsprache sowie möglichst glaubwürdige und bei Bedarf unabhängige Absender. So kann eine Strategie lokal Verwurzelte, sachorientiert Offene und institutionell Distanzierte gleichermaßen erreichen.

Abb. 10 **Experience Map des konfliktinduzierten Verlaufs und der Ansatzpunkte für eine konstruktive Bearbeitung lokaler nergieinfrastrukturprojekte**



Methodischer Hinweis

Die Phasen und Übergänge bilden ein in den Befunden beschriebenes Verlaufsmuster ab. Sie stellen keine empirisch gemessene, zwingend lineare Sequenz und keine einzelne Fallstudie dar.

Handlungs-empfehlungen.



Was Kommunen und Projektierer tun können, um Energieinfrastrukturkonflikte konstruktiv zu gestalten und was dabei den Unterschied macht.

Die Befunde des SCHACH-Projekts zeigen, dass Konflikte um LEPs Teil der Energiewende sind. Und es muss auch nicht das Ziel sein, diese zu verhindern. Entscheidend ist, sie ernsthaft zu bearbeiten. Im Sinne der Umsetzung spricht viel für eine frühzeitige Konfliktauflösung, doch auch nach längerer Dauer sind Lösungen durchaus möglich. Wer Prozesse transparent gestaltet, Betroffene im Gespräch ernst nimmt, Beteiligung mit tatsächlichem Einfluss verbindet und dabei unterschiedliche Informations- und Vertrauensbedürfnisse gezielt anspricht, erhöht die Chancen auf eine erfolgreiche Umsetzung erheblich.

Dieses Kapitel richtet sich in erster Linie an Kommunen als zentrale Akteure in Planungs- und Genehmigungsprozessen. Es enthält zudem spezifische Hinweise für Projektierer, die auf kommunaler Ebene agieren.

Die folgenden Empfehlungen setzen dort an, wo ein Konflikt bereits sichtbar geworden ist. Vertrauen ist beschädigt, Positionen haben sich verhärtet oder ein Projekt wurde vorläufig gestoppt. Ziel ist insofern nicht die Konfliktprävention, sondern die Wiederherstellung von Gesprächsfähigkeit und Handlungsspielräumen.

Die in Kapitel 3.5 beschriebenen Gruppenprofile zeigen, dass Bürger*innen unterschiedliche Ausprägungen von institutionellem Vertrauen, regionaler Verbundenheit und klimapolitischer Aufgeschlossenheit aufweisen. Daraus resultiere unterschiedliche Grade von Informations- und Beteiligungsinteresse. Die Profile begründen damit keine vollständig getrennten Kommunikationsstrategien. Sie sprechen für ein gemeinsames Grundangebot, das aber durch unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten, Informationstiefen und Formate ergänzt wird. So bilden die Gruppenprofile eine Orientierung für die Umsetzung der folgenden Empfehlungen.

Differenzierung darf dabei nicht mit einer Ungleichbehandlung verwechselt werden. Alle Bürger*innen sollten Zugang zu denselben relevanten Informationen, zu kritischen Nachfragen und zu wirksamer Beteiligung erhalten. Die Gruppenprofile helfen lediglich dabei, diese Zugänge so zu gestalten, dass sie unterschiedliche Vertrauenslagen, Vorkenntnisse sowie Einstellungen und Interessen berücksichtigen. Sie sollten nicht als verdecktes Zielgruppeninstrument genutzt werden. Eine Offenlegung und Diskussion der Profile mit der lokalen Bevölkerung kann dazu beitragen, ihre Verwendung nachvollziehbar zu machen.

4.1 Verteilungsgerechtigkeit: Konfliktpunkte sichtbar machen und konkret bearbeiten

Wenn ein Konflikt eskaliert ist, reicht es nicht aus, allgemeine Vorteile des Projekts zu betonen. Dann muss nachvollziehbar bearbeitet werden, welche Belastungen, Risiken und Vorteile die Betroffenen konkret erwarten können und wie diese innerhalb der Region verteilt sind. Ebenso wichtig ist die Frage, welche Alternativen geprüft wurden und welche Spielräume für eine Anpassung noch bestehen.

Die Kommunikation zu Verteilungsfragen sollte an unterschiedlichen Informations- und Vertrauensbedürfnissen ausgerichtet werden. Personen aller drei Gruppenprofile interessiert daran, wie die **bisherige Kritik in die Neuplanung eingeflossen** ist, an den **Auswirkungen des Projekts auf die Region** sowie an **Informationen darüber, was in anderswo schonmal gut funktioniert hat**. Die Gruppen unterscheiden sich vor allem in der Intensität ihres Interesses und in den Akzenten, die sie setzen. Eine klimapolitische Rahmung findet bei den lokal Verwurzelten und den sachorientiert Offenen deutlich mehr Zustimmung als bei den institutionell Distanzierten. Fragen der regionalen Energieunabhängigkeit und Versorgungssicherheit erscheinen als vergleichsweise anschlussfähiger Bezugspunkt, sollten jedoch nicht als Ersatz für die Bearbeitung konkreter Belastungen genutzt werden.

Die folgende Übersicht bietet dafür eine praktische Orientierung:

Tab. 2 Worauf in der Kommunikation mit unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu achten ist

Bevölkerungsgruppe	Worauf im Dialog zu achten ist	Was Vertrauen stärken kann
Lokal Verwurzelte	Die konkreten Auswirkungen (inkl. Landschaftsveränderungen) des Projekts auf die Region und einzelne Ortsteile sowie bestehende Vorbelastungen	… eine ausführliche und ortsbezogene Darstellung und Begründung der regionalen Verteilung von Kosten/ Belastungen und Nutzen. Die Informationen dürfen vielschichtig sein.
Sachorientiert Offene	Der Nutzen des Projekts für die Region und die Frage, wie die Neuplanung auf regionale technische Gegebenheiten reagiert	… eine sachliche und nachvollziehbare Begründung für die gewählte Projektanpassung sowie vergleichende Darstellung relevanter Referenzprojekte. Emotionalisierte Darstellungen sind für diese Gruppe nicht anschlussfähig.
Institutionell Distanzierte	Die Interessen, Kosten und Vorteile der beteiligten Akteure	… eine transparente Darstellung der Interessen der unterschiedlichen Akteure und eine kritische Erläuterung, wie Einwände gegen die vorgesehene Verteilung (unabhängig) geprüft werden.

Handlungsempfehlungen

Abb. 11 Konfliktpunkte sichtbar machen und konkret bearbeiten

F: Federführend | M: Mitwirkung

Kommune · Kommune & Projektierer · Projektierer

1. KONFLIKTLANDKARTE ERSTELLEN

Rekonstruieren Sie gemeinsam, welche konkreten Einwände im Konflikt zentral geworden sind. Etwa die Standortwahl, Abstände, Landschaftsbild, Naturschutz, Immobilienwerte, Pachtzahlungen oder Vorbelastungen einzelner Ortsteile.[JF2.1]

F: Kommune | M: Projektierer

2. STANDORT- UND VERTEILUNGS-ENTSCHEIDUNGEN NACHTRÄGLICH BEGRÜNDEN

Legen Sie offen, welche Alternativen geprüft wurden, warum sie verworfen wurden und welche Spielräume noch bestehen. Gerade nach einer Eskalation braucht es mehr Begründungstiefe als in der Frühphase.

F: Kommune | M: Projektierer

3. ÜBERBELASTUNG ANERKENNEN

Wenn ein Ortsteil bereits Infrastruktur trägt, sollte dies ausdrücklich benannt werden. Deeskalierend wirkt nicht das Beschwichtigen, sondern die erkennbare Auseinandersetzung mit der Frage, warum zusätzliche Belastungen dennoch vertretbar sein sollen.

F: Kommune | M: -

4. ÖKOLOGISCHE EINWÄNDE SACHLICH UND ORTSBEZOGEN PRÜFEN

Naturschutzargumente sollten auch dann ernsthaft bearbeitet werden, wenn sie strategisch eingesetzt wirken. Entscheidend ist, ob sichtbar geprüft wird, welche Auswirkungen vor Ort tatsächlich zu erwarten und welche Anpassungen möglich sind.

F: Kommune | M: Projektierer

5. FINANZIELLE FRAGEN ALS UNABHÄNGIGE FAIRNESSFRAGE BEHANDELN

Einnahmen, Pacht, kommunale Beteiligung oder Ausgleichsmaßnahmen als Teil einer faireren Projektgestaltung vorgeschlagen werden. Dabei sollte deutlich gemacht werden, dass dies nicht als Ersatz für die Bearbeitung anderer Einwände dient. Ansonsten läuft man Gefahr, dass die finanzielle Teilhabe als Ersatz für ein Eingehen auf die Bedenken eingeführt wird. Die deeskalierende bzw. kompromissfördernde Wirkung wird damit eingeschränkt.

F: gemeinsam | M: eigener Bereich

6. FAKTEN, BEWERTUNGEN UND POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN TRENNEN

Machen Sie kenntlich, welche Auswirkungen fachlich ermittelt wurden, welche Annahmen zugrunde liegen und an welchen Stellen politische oder planerische Abwägungen stattfinden.

F: Kommune | M: Projektierer

FÜR PROJEKTIERER

In eskalierten Konflikten werden wirtschaftliche Interessen besonders kritisch betrachtet. Transparenz über eigene Interessen ist deshalb eine Voraussetzung dafür, überhaupt wieder als Gesprächspartner*in akzeptiert zu werden. Finanzielle Vorteile und ihre Verteilung sollten auch von den Projektierern nachvollziehbar dargestellt und von der Bearbeitung weiterer Einwände getrennt werden.

4.2 Prozessgerechtigkeit: Verfahren neu aufsetzen und Mitsprache wirksam machen

In festgefahrenen Konflikten ist häufig nicht nur das Projekt, sondern auch das Verfahren selbst umstritten. Viele Betroffene zweifeln dann daran, ob ihre Einwände berücksichtigt werden, ob Informationen vollständig vorliegen und ob Entscheidungen noch beeinflusst werden können. Ein Neustart muss deshalb nicht nur inhaltliche Anpassungen, sondern auch eine erkennbare Neuordnung des Prozesses umfassen und deutlich machen, was das Ziel des neuen Prozesses ist, sowie welche Einflussmöglichkeiten Bürger*innen (und Kommune) haben.

Die Gruppenprofile helfen dabei, Informationsangebote, Absender und Beteiligungsformate auf unterschiedliche Bedürfnisse abzustimmen. Alle drei Gruppen bewerten **Podiumsdiskussionen** und **Bürgerdialoge**[4] grundsätzlich positiv. **Informationsveranstaltungen** finden insbesondere bei den lokal Verwurzelten und den sachorientiert Offenen hohe Zustimmung. Institutionell Distanzierte bewerten reine Informationsveranstaltungen zurückhaltender, zeigen aber weiterhin Interesse an direktem Austausch. Zudem liegt der Unterschied vor allem im Vertrauen der Gruppen in Verfahren und Akteure.

Die nachstehende Übersicht beschreibt, welche Schwerpunkte dabei für die drei Gruppen relevant sind.

Tab. 3 Präferierte Kommunikationsformate und Anforderungen an Transparenz und Rückkopplung nach Bevölkerungsgruppen

Bevölkerungsgruppe	Präferierte Formate und Zugänge	Anforderungen an Transparenz und Rückkopplung
Lokal Verwurzelte	Informationsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen mit sachlicher und gut aufbereiteter Information	Fragen, Einwände und ihre Bearbeitung sollten nachvollziehbar dokumentiert werden.
Sachorientiert Offene		Der Ablauf des Neustarts, die Veränderung gegenüber dem früheren Verfahren und die Rolle der Bevölkerung sollten verständlich erklärt werden.
Institutionell Distanzierte	Podiumsdiskussionen mit Raum für kritische Nachfragen, eine unabhängige Moderation und nachvollziehbar legitimierte Expertise	Behörden sollten nicht allein als Hauptabsender auftreten. Es sollte transparent werden, wer Informationen erstellt, wie Einwände geprüft werden und welche Folgen sie haben. Kritischen Widerspruch ermöglichen und öffentlich dokumentieren, wie Einwände geprüft und in Entscheidungen berücksichtigt werden.

4 Wie Bürgerentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerinitiativen, gendern wir das „Bürger“ im Begriff „Bürgerdialoge“ ebenfalls an dieser Stelle aus demselben Grund nicht. Bürgerdialoge werden mit und für Bürger*innen durchgeführt.

Handlungsempfehlungen

Abb. 12 Verfahren neu aufsetzen und Mitsprache wirksam machen

F: Federführend | M: Mitwirkung

Kommune · Kommune & Projektierer · Projektierer

1. PROZESSREDESIGN SICHTBAR MACHEN

Benennen Sie, was am bisherigen Verfahren kritisiert wurde und was künftig anders läuft. Dies können etwa andere Informationswege sein, zusätzliche Dialogformate, eine unabhängige Moderation oder klarere Entscheidungsregeln.

F: Kommune | M: Projektierer

2. MITSPRACHE MIT KONSEQUENZ ERMÖGLICHEN

Machen Sie transparent, welche Projektbestandteile noch veränderbar sind, wer über Änderungen entscheidet und nach welchen Kriterien Einwände in die Abwägung eingehen. Beteiligung sollte nicht als offen dargestellt werden, wenn wesentliche Entscheidungen bereits unumkehrbar getroffen wurden.

F: Kommune | M: Projektierer

3. INFORMATIONS-ASYMMETRIEN ABBAUEN

Stellen Sie Unterlagen, Gutachten, Entscheidungsgrundlagen und Antworten auf zentrale Fragen gebündelt, verständlich und fortlaufend aktualisiert bereit. Kennzeichnen Sie vorläufige Ergebnisse, offene Fragen und fachliche Unsicherheiten.

F: Kommune | M: -

4. KOMMUNIKATIONSKANÄLE KOMBINIEREN

Kurze Grundinformationen sollten für alle verfügbar sein. Vertiefende Unterlagen können besonders Interessierten dienen. Dialogische Formate sollten kritische Nachfragen ermöglichen.

F: Kommune | M: Projektierer

5. FORMATE VOM EINWEG- ZUM DIALOGMODUS UMSTELLEN

Reine Informationsveranstaltungen reichen in eskalierten Konflikten nicht aus. Notwendig sind Formate, in denen kritisch nachgefragt, widersprochen und gemeinsam an Lösungsoptionen gearbeitet werden kann. Hilfreich ist, wenn diese so gestaltet sind, dass sie offene Fronten vermeiden, z.B. durch Thementische statt Podien oder ein schriftliches Einsammeln von Fragen. So fällt es allen Seiten oft leichter, aufeinander zuzugehen.

F: Kommune | M: Projektierer

6. UNABHÄNGIGE MODERATION FRÜH EINBINDEN

Wenn das Vertrauen in Kommune oder Projektierer beschädigt ist, kann eine unabhängige Moderation helfen, Gesprächsregeln zu stabilisieren und die Auseinandersetzung wieder auf die Sachebene zu führen. Ihre Unabhängigkeit und Rolle sollten vorab transparent erläutert werden.

F: Kommune | M: Projektierer

7. RÜCKKOPPLUNG VERBINDLICH ORGANISIEREN

Dokumentieren Sie öffentlich, welche Einwände eingebracht wurden, welche geprüft werden, welche zu Änderungen geführt haben und warum andere nicht aufgegriffen wurden. Für jeden zentralen Einwand sollte der Bearbeitungsstand verständlich erkennbar sein.

F: Kommune | M: Projektierer

FÜR PROJEKTIERER

Nach einer Eskalation zählt nicht nur, ob fachlich richtige Informationen vorliegen. Entscheidend ist, ob Projektierer sichtbar bereit sind, Fragen zu beantworten, Unsicherheiten einzugestehen und Anpassungen ernsthaft zu prüfen. Sie sollten offenlegen, welche Pro jektbestandteile innerhalb ihres Einflussbereichs liegen und wo rechtliche, technische oder wirtschaftliche Grenzen bestehen.

4.3 Anerkennungsgerechtigkeit: Vertrauen wiederherstellen und auf Augenhöhe diskutieren

Ist ein Konflikt auf die Akteursebene gerutscht, geht es nicht mehr nur um Argumente, sondern um beschädigte Beziehungen. Kritiker*innen fühlen sich übergangen oder abgewertet. Befürworter*innen erleben Kritik als Blockade. Deeskalation beginnt deshalb damit, wechselseitige Zuschreibungen zu unterbrechen und Kritik wieder als bearbeitbaren Beitrag zum Projekt zu behandeln.

Anerkennung bedeutet, Betroffenheit, Interessen und Kritik als legitime Bestandteile der Auseinandersetzung ernst zu nehmen. Sie bedeutet nicht, jeder Forderung zuzustimmen. Entscheidend ist, dass Einwände nicht pauschal abgewertet, sondern konkret geprüft und in ihrer Bedeutung für die weitere Planung eingeordnet werden.

Die unterschiedlichen Bedarfsgruppen geben es an dieser Stelle Orientierung dafür, wie differenziert ein Dialog auf Augenhöhe hergestellt und Vertrauen gestärkt werden kann.

Tab. 4 Anforderungen an den Dialog auf Augenhöhe und an die Vertrauensbildung nach Bevölkerungsgruppen

Bevölkerungsgruppe	Worauf im Dialog auf Augenhöhe zu achten ist	Wie Vertrauen gestärkt werden kann
Lokal Verwurzelte	Die Besonderheiten und Werte der Region sowie konkrete lokale Betroffenheiten anerkennen.	Lokale Erfahrungen nicht pauschalisieren oder als reine Eigeninteressen abtun. Einwände ernst nehmen und sichtbar in die weitere Bearbeitung einbeziehen.
Sachorientiert Offene	Die Bereitschaft zu einer sachlichen und nachvollziehbaren Auseinandersetzung zeigen.	Offenlegen, was aus früheren Einwänden gelernt wurde und Kritik nicht emotionalisieren.
Institutionell Distanzierte	Misstrauen gegenüber öffentlichen Institutionen als Teil der Konfliktlage ernst nehmen.	Interessen offenlegen, unabhängige Expertise ermöglichen und Einwände nicht mit institutioneller Autorität zurückweisen.

Handlungsempfehlungen

Abb. 13 Vertrauen wiederherstellen und auf Augenhöhe diskutieren

F: Federführend | M: Mitwirkung

Kommune · Kommune & Projektierer · Projektierer

1. NIMBY- UND BLOCKADEVORWÜRFE VERMEIDEN

Solche Zuschreibungen verengen den Konflikt und erschweren Kompromisse. Hilfreicher ist die Frage, welche konkreten Bedingungen erfüllt sein müssten, damit ein Neustart oder eine Anpassung akzeptabel wird.

F: gemeinsam | M: eigener Bereich

2. KRITIK ÖFFENTLICH ERNST NEHMEN

Kommunen und Projektierer sollten nicht nur erklären, sondern sichtbar anerkennen, dass Einwände legitim sind und im weiteren Verfahren geprüft werden.

F: gemeinsam | M: eigener Bereich

3. BRÜCKENAKTEURE STÄRKEN

Bürgermeister*innen, Nachhaltigkeitsmanager*innen, Ortsvorsteher*innen oder andere lokal glaubwürdige Personen können zwischen Lagern vermitteln, wenn sie nicht nur als Projektbefürworter*innen auftreten, sondern als faire Prozessgestalter*innen

F: Kommune | M: Projektierer

4. UNABHÄNGIGE EXPERTISE GEMEINSAM LEGITIMIEREN

Gutachten und Fachinformationen wirken nur deeskalierend, wenn sie als unabhängig wahrgenommen werden. Wo Misstrauen besteht, sollten Fachpersonen oder Prüfaufträge möglichst gemeinsam mit Konfliktparteien ausgewählt oder zumindest transparent begründet werden.

F: Kommune | M: Projektierer + Konfliktparteien

5. ANPASSUNGEN ALS ANTWORT AUF KRITIK KOMMUNIZIEREN

Wenn ein Projekt verändert wird, sollte klar erkennbar sein, welcher Einwand zu welcher Prüfung oder Anpassung geführt hat. So wird Beteiligung als wirksam erfahrbar.

F: gemeinsam | M: eigener Bereich

6. FEHLER BENENNEN, OHNE SCHULDABWEHR ZU BETREIBEN

Ein glaubwürdiger Neustart setzt voraus, dass frühere Versäumnisse im Verfahren oder in der Kommunikation offen angesprochen werden.

F: jeweils zuständig | M: andere Konfliktpartei

7. GESPRÄCHSREGELN FÜR DEN UMGANG MIT KONFLIKTEN SCHAFFEN

Dazu gehört die Möglichkeit, Positionen zu widersprechen, persönliche Angriffe zu begrenzen, unterschiedliche Wissensstände zu berücksichtigen und offene Fragen festzuhalten. Die Regeln sollten für alle Beteiligten gelten.

F: Kommune | M: Projektierer + weitere Beteiligte

FÜR PROJEKTIERER

In der Konfliktüberwindung reicht technische Kompetenz nicht aus. Projektierer müssen zeigen, dass sie Betroffene als legitime Gegenüber anerkennen und bereit sind, Kritik in die weitere Projektgestaltung zu übersetzen. Abwesende, unprofessionelle oder schlecht vorbereitete Auftritte können dagegen als Desinteresse oder Geringschätzung wahrgenommen werden. Besonders wichtig sind deshalb Kontinuität, Verlässlichkeit, transparente Zuständigkeiten und die Bereitschaft, Unsicherheiten sowie Grenzen des eigenen Handlungsspielraums offen zu benennen.

Referenzen.

Alexander-Haw, A.; Alsheimer, S.; Dütschke, E. (2026):
Datenaufbereitung für die ökonometrische Analyse von lokalen Bürgerentscheiden zu Energiewendevorhaben. http://dx.doi.org/10.24406/fordatis/474

Atkinson, R. (1999):
Project management: cost, time and quality, two best guesses and a phenomenon, its time to accept other success criteria. In: International Journal of Project Management, 17 (6), 337-342.

Fajardo Ligero, L., Rudolph, D. P., & Hansen, U. E. (2025):
Financial compensation and benefit-sharing of renewable energy projects: a comparative analysis. DTU Wind and Energy Systems. DTU Wind Energy E No. E-0265.

Jørgensen, M.L.; Anker, H.T.; Lassen, J. (2020):
Distributive fairness and local acceptance of wind turbines: The role of compensation schemes. In: Energy Policy, 138 (4), 111294.

Knauf, J. (2022):
Can‘t buy me acceptance? Financial benefits for wind energy projects in Germany. In: Energy Policy, 165, 112924.

McCauley, D, Heffron, R, Stephan, H, Jenkins, K E H (2013):
Advancing energy justice : the triumvirate of tenets and systems thinking . In: International Energy Law Review, 32 (3), 107-116.

Pollack, J.; Helm, J.; Adler, D. (2018):
What is the Iron Triangle, and how has it changed? In: International Journal of Managing Projects in Business, 11 (2), 527-547.

Simora, M. (2017):
The effect of financial compensation on the acceptance of power lines: Evidence from a randomized discrete choice experiment in Germany. Ruhr Economic Papers 729.

Universität Wuppertal (2024):
Datenbank Bürgerbegehren. Datenbankauszug vom 17. Oktober 2024. Online abrufbar unter: http://www.daten-bank-buergerbegehren.info

Mehr zum Projekt:
schach-energiewende.de

Vom Scheitern zur Chance für die Energiewende. Ein Forschungsprojekt von adelphi research, dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) und der RWTH Aachen University, gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE).